



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 1-2 / 1972

Januar - März

7. Jahrgang

## Mitteilungen des Hauptvorstandes

### Beschäftigung von BFT-Kräften auf CFT-Dienstposten

Der VDFP-Hauptvorstand hat in einem Schriftwechsel mit dem BPM die Problematik der Beschäftigung von BFT-Beamten auf CFT-Dienstposten dargelegt.

Die von uns angestellten Ermittlungen hatten ergeben, daß mit den zur Zeit etwa 2000 Beamten wesentlich mehr BFT-Kräfte CFT-Tätigkeiten ausüben als offiziell auf CFT-Dienstposten — bei 5250 freien — geführt werden.

Bei einzelnen Ämtern und Oberpostdirektionen werden allerdings mehr oder weniger Schwierigkeiten bereitet, wenn BFT-Beamte auf CFT-Dienstposten geführt werden sollen. Wir waren daher der Meinung, daß von seiten des BPM entsprechende Absprachen bestünden oder gar Verfügungen erlassen worden wären, um die Zahl der BFT-Beamten, die offiziell auf Dienstposten des CFT-Dienstes geführt werden sollen, möglichst klein zu halten.

In einem ersten Antwortschreiben teilte uns das BPM mit, daß keinerlei Absprachen oder Verfügungen bekannt seien, die das Besetzen von CFT-Dienstposten mit BFT-Beamten einschränken oder verhindern sollen. Es würden zur Zeit 704 BFT-Kräfte offiziell auf CFT-Dienstposten geführt. Um eine von uns angestrebte und vom BPM vorgeschlagene Aussprache sinnvoll gestalten zu können, wurden wir gebeten, zum Besprechungsthema noch einige Angaben zu machen. In unserem Schreiben an das BPM vom 5. 2. 1972 haben wir unter anderem folgendes ausgeführt:

„Laut Aussage des Herrn Staatssekretärs Börner fehlen zur Zeit bei der Deutschen Bundespost 5 250 Ingenieure. Nach unseren Ermittlungen werden zumindest die Hälfte der Tätigkeiten dieser unbesetzten Dienstposten von BFT-Kräften ausgeführt. Diese Tätigkeiten müssen wahrgenommen werden, weil sie für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind. Wenn dem nicht so wäre, müßte man das ganze Bewertungs- und Bemessungssystem der technischen Dienste in Frage stellen. Wenn von 5 250 freien CFT-Dienstposten nur 704 offiziell mit BFT-Kräften besetzt sind, so wird das ganze Bewertungs- und Bemessungssystem nicht nur in Frage gestellt, sondern zu einem erheblichen Teil ungläubig. Diese angegebenen Ver-

hältniszahlen entsprechen allerdings nicht den gegebenen Tatsachen. Addiert man jedoch die offiziell beschäftigten 704 Kräfte zu den schwarz beschäftigten etwa 2000 Kräften, so ergibt sich ein Quotenverhältnis von etwa 2704 zu 5250. Unter diesen Gegebenheiten sehen die Verhältnisse schon wesentlich glaubwürdiger aus. Hiermit ist ebenfalls bewiesen, daß die unteren Funktionsgruppen des CFT-Dienstes von BFT-Beamten wahrgenommen werden.

Folgende Punkte verhindern oder erschweren eine offizielle Führung von BFT-Beamten auf CFT-Dienstposten:

1. Die Ämter wollen die Zahl der freien CFT-Dienstposten möglichst groß halten, um eine hohe Quote an Nachwuchskräften zu bekommen.
2. Aus uns nicht bekannten Gründen machen die Oberpostdirektionen den Ämtern erheblich Schwierigkeiten, CFT-Dienstposten mit BFT-Beamten zu besetzen.
3. Bestimmte Kreise wollen durch das Argument des erheblichen Personalmangels im CFT-Dienst besoldungsmäßig eine bessere Einstufung erreichen.

Wir sind der Meinung, daß wirkliche Tatsachen in der Argumentation das Beständigste und Gerechteste sind.

Wir sind der Meinung, daß wirklich erbrachte Leistungen das Maß aller Dinge sein sollen und nicht irgendwelche hypothetische Personalfehlbestände.

Wir sind der Meinung, daß Fehlaussagen in der Dienstpostenbesetzung allen Beteiligten schaden und kommende Bemessungsneuregelungen nur ungünstig und ungerecht beeinflussen.“

Das BPM hat uns mit Schreiben vom 11. 2. 1972 unter anderem folgendes geantwortet:

„Die von Ihnen genannten Zahlen kann ich jedoch weder in ihrer Größenordnung noch hinsichtlich der von Ihnen gewählten Auslegung bestätigen. So bezog sich z. B. die

zitierte Aussage des Herrn Staatssekretärs Börner (Bundestagsprotokoll vom 11. 11. 1971) auf den Fehlbestand an Ingenieuren (unbesetzte und nicht laufbahngerecht besetzte Personalposten) in allen 3 Laufbahnen des gehobenen technischen Dienstes und nicht nur auf den Cft-Dienst. Neben Bft-Beamten werden aber weiterhin auch Beamte anderer Laufbahnen auf Personalposten des Cft-Dienstes beschäftigt, so daß sich z. B. für den 30. 6. 1971 eine Gesamtzahl von 2947 unbesetzten Personalposten ergibt.

Das Problem, an dessen Lösung Ihnen gelegen ist, läßt sich nach meiner Auffassung auch nicht durch das Anerkennen oder Nicht-Anerkennen von Zahlen über im Cft-Dienst — wie Sie es nennen „schwarz“ — beschäftigten Bft-Beamten aus der Welt schaffen. Vielmehr scheint mir, daß Ihr Anliegen auf das Grundproblem zurückzuführen ist, dem sich insbesondere der technische Dienst bei der Deutschen Bundespost in den letzten Jahren in zunehmendem Maße gegenübergestellt sieht: Auf der einen Seite hat der Wandel der Arbeitsprozesse zu stark veränderten Aufgabeninhalten geführt, auf der anderen Seite stehen diesen geänderten Aufgabeninhalten aber die historisch gewachsenen und relativ starren Laufbahnstrukturen gegenüber. Eine für alle Beteiligte zufriedenstellende Lösung des Problems läßt sich demnach nur im Rahmen einer umfassenden Laufbahnneuordnung auf der Grundlage einer tätigkeitsgerechten Einordnung und Bewertung *aller* Tätigkeiten finden. Über meine diesbezüglichen Zielvorstellungen werden Sie sicher hinreichend unterrichtet sein.

## Bundestagsdrucksache VI/2786 – Kleine Anfrage

In den „VDFP-Nachrichten“ Nr. 6/1971 wurde unter „Mitteilungen des Hauptvorstandes“ auf die Bundestagsdrucksache VI / 2786 — Sachgebiet 2032 hingewiesen. Einige Mitglieder des Bundestagsinnenausschusses hatten sich in einer *Kleinen Anfrage* wegen der besoldungsmäßig schlechteren Einstufung der Ingenieure im Bundesdienst gegenüber den Lehrern an die Bundesregierung gewandt und für die Ingenieure als Eingangssamt die BesGr A 11 gefordert.

Der VDFP-Hauptvorstand hat diese *Kleine Anfrage* zum Anlaß genommen, deren Unterzeichner je besonders mit folgendem Schreiben auf die Probleme der Fernmeldetechniker bei der Deutschen Bundespost und hier ausdrücklich auf die ungerechte Besoldung aufmerksam zu machen:

„Es ist sehr begrüßenswert, daß Sie sich in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung der besoldungsmäßigen Einstufung der Ingenieure im Bundesdienst annehmen.

Da ich in den nächsten Wochen einen Vorschlag der Bewertungskommission der Deutschen Bundespost zur Neuabgrenzung der Tätigkeiten im fernmeldetechnischen Dienst erwarte, schlage ich im Hinblick auf eine für beide Seiten fruchtbare Aussprache vor, das von Ihnen gewünschte Gespräch erst nach dem Vorliegen des Berichts der Bewertungskommission zu führen. Ihr Einverständnis voraussetzend werde ich Sie nach diesem Zeitpunkt unaufgefordert zu einer Aussprache einladen.“

Die erfreulich zügige Abwicklung des Schriftwechsels und die präzisen Aussagen des BPM, das soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, haben zur frühzeitigen Ausräumung einiger Unklarheiten geführt. Kam doch im ersten Antwortschreiben des BPM eindeutig zum Ausdruck, daß bei der Besetzung von Cft-Dienstposten durch Bft-Kräfte keine Einschränkung besteht.

Im übrigen sind wir mit dem BPM völlig einer Meinung, daß nur durch eine umfassende Laufbahnneuordnung auf der Grundlage einer tätigkeitsgerechten Einordnung und Bewertung aller Tätigkeiten auch dieses Problem für unsere Laufbahn gelöst werden kann. Solange dies jedoch nicht der Fall ist, können wir nicht mit geschlossenen Augen daran vorbeigehen. Wir müssen die Probleme unserer Laufbahn immer wieder ansprechen und sie durch unser Mitwirken einer für uns gerechten Lösung zuführen.

Aber sind Sie nicht mit uns einer Meinung, daß auch die Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes, gemessen an ihrer schwierigen und langen Ausbildung, einer besseren Einstufung im Besoldungsgefüge bedürfen?

Die Ausbildung eines Anwärters für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst betrug früher 10 und beträgt heute 8 Jahre, einschließlich der als Vorbedingung einzubringende Abschluß einer öffentlich rechtlich anerkannten Lehre in einem der zugelassenen Berufe. Nach beendeter Ausbildung bei der Deutschen Bundespost erreichen die Kandidaten einen Wissensstand, der vergleichsweise dem des Technikers entspricht.

In einigen speziellen Teilbereichen, so z. B. in der Weit- und Fernverkehrstechnik des Fernsprech- und des Telegraphenwesens haben diese jungen Beamten schon meist nach einigen Jahren einen Wissensstand erreicht, der weit über dem eines Technikers der Privatindustrie oder anderer Bundesverwaltungen liegt. Dabei werden von diesen speziellen Beamten eine, in Ausnahmefällen sogar zwei Fremdsprachen zumindest soweit beherrscht, daß sie ihren gesamten Dienstbetrieb abwickeln können. Die mittleren fernmeldetechnischen Beamten müssen bei der schnellen Fortentwicklung der Fernmeldetechnik sich selbständig weiterbilden, wenn sie den dienstlichen Anforderungen gerecht werden wollen.

Bei der Auswahl der Kandidaten für Beförderungsdienstposten werden oft Kenntnisse gefordert, die in der laufbahnmäßigen Ausbildung gar nicht enthalten sind. Die erbrachten und die in Zukunft zu erbringenden Leistungen dieser Berufsgruppe sind im Schwierigkeitsgrad und in der Verantwortung für Menschen und gegenüber den ihnen zur Instandsetzung und Instandhaltung überlassenen hochwertigen technischen Einrichtungen ohne Beispiel im mittleren Dienst; ganz abgesehen vom hohen Verkehrswert dieser fernmeldetechnischen Einrichtungen, deren finanzielle Einnahmen sehr erheblich sind und deren Überschüsse zur Abdeckung des allgemeinen Defizits der Deutschen Bundespost herangezogen werden.

Mit der fortschreitenden Technik, der Rationalisierung und Automation im Fernmeldedienst wird die Verantwortung und der Schwierigkeitsgrad gegenüber dem Einzelnen immer höher, ohne daß er hierfür einen gerechten Gegenwert in der Bezahlung erhält. Durch die ungenügende Besoldung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes, der ja die Aufgaben eines Technikers bei der Deutschen Bundespost wahrnimmt und durch die dadurch verursachte Negativauslese, ist die Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes in eine Personalnot geraten, die mit Sicherheit befürchten läßt, daß die kommenden, noch schwieriger werdenden Aufgaben auf dem Fernmeldesektor nicht bewältigt werden können, wenn nicht umgehend eine Besserung der schon fast katastrophalen Verhältnisse herbeigeführt wird.

Bei der Deutschen Bundespost fehlen z. Z. über 4000 Ingenieure. Zumindest die Hälfte dieser Tätigkeiten der unbesetzten Dienstposten CFt wird von Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes wahrgenommen. Für diese Tätigkeiten in der nächsthöheren Laufbahn erhalten diese Kräfte keine zusätzlichen Planstellen ihrer Laufbahn, noch erhalten sie eine Planstelle ihrer Tätigkeit entsprechend. Sie belasten damit den Planstellenhaushalt zu Ungunsten ihrer Laufbahnkollegen erheblich. Durch diesen Umstand verrichtet also jeder zweite Beamte des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes der in der Spitzenstellung seiner Laufbahn steht, Tätigkeiten in der nächsthöheren Laufbahn. Das ist ein unmöglicher und im Hinblick auf die finanzielle Benachteiligung ein für alle ungerechter Zustand.

Im übrigen gilt der letzte Absatz der Kleinen Anfrage genauso vollinhaltlich für den Bft-Dienst wie für den CFt-Dienst. Jeder technische Beamte, der sich auf dem zweiten Bildungsweg zum graduierten Techniker weiterbildet, muß die Deutsche Bundespost verlassen, weil hier entsprechende Einstiegsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, ein Umstand, der bei dem großen Personalmangel im technischen Dienst völlig unverständlich ist.

Eine gerechte Lösung des Problems kann nur dadurch erreicht werden, wenn sich die Bundesregierung entschließt, insbesondere bei der Deutschen Bundespost eine Laufbahn für den Fernmeldetechniker einzuführen, der die beiden oberen Besoldungsgruppen des mittleren technischen Dienstes und die beiden unteren Besoldungsgruppen des gehobenen technischen Dienstes umfaßt. Die Funktionen, die den angeführten Besoldungsgruppen entsprechen, führt der mittlere technische Beamte als Techniker bei

der Deutschen Bundespost, allerdings ohne gerechte Einstufung im Besoldungsgefüge, seit vielen Jahren schon aus.

Wir bitten Sie hiermit, in Ihre Bemühungen für eine gerechte besoldungsmäßige Einstufung der Ingenieure die Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes mit einzubeziehen.“

Neben anderen hat der Hauptvorstand von MdB Günter Volmer folgendes Antwortschreiben erhalten:

„Für Ihr freundliches Schreiben vom 4. Januar 1972 bedanke ich mich. In diesem Schreiben begrüßen Sie die oben angeführte Kleine Anfrage, die sich mit der besoldungsmäßigen Einstufung der Ingenieure im öffentlichen Dienst befaßt. Gleichzeitig erinnern Sie an den mittleren technischen Dienst, der bei der gerechten Einstufung der Techniker im öffentlichen Dienst nicht vergessen werden dürfte. Da ich annehme, daß Ihnen die Ausschußprotokolle nicht so zugänglich sind wie die Bundestagsdrucksachen, darf ich Ihnen mitteilen, daß ich die Probleme des mittleren technischen Dienstes durchaus kenne. Bei der Stellungnahme zu den Rechtsverordnungen der §§ 5 und 53 Bundesbesoldungsgesetz — 1. BesVNG —, die in der Sitzung des Innenausschusses vom 11. 11. 1971 beraten wurden, habe ich für meine Fraktion beantragt, die Stellenanteile für Techniker im öffentlichen Dienst nach folgendem Schlüssel festzulegen:

A 5 = 0 vH	A 9 = 0 vH
A 6 = 0 vH	A 10 = 0 vH
A 7 = 25 vH	A 11 = 50 vH
A 8 = 40 vH	A 12 = 30 vH
A 9 = 35 vH	A 13 = 20 vH

Leider haben die Koalitionspartner diesem Antrag widersprochen, so daß wir damit rechnen müssen, daß diese Prozentzahlen in der Rechtsverordnung nicht berücksichtigt werden. Den gleichen Zahlenschlüssel habe ich bei meinem Grußwort auf dem Technikerkongreß des Deutschen Beamtenbundes für meine Fraktion im Herbst vergangenen Jahres als Auffassung meiner Koalitionskollegen mitgeteilt. Sie mögen daran erkennen, daß wir bestrebt sind, dem technischen Beruf des mittleren Dienstes die gleiche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wie dem des gehobenen Dienstes. Die Bundestagsdrucksache VI/2768, an der ich mich beteiligt habe, geht im wesentlichen davon aus, daß im Frühjahr dieses Jahres die ersten Absolventen von Fachhochschulen ihre Prüfungen machen und dann sicherlich in den öffentlichen Dienst eintreten werden.“

Im weiteren Zusammenhang hierzu weist der VDFP-Hauptvorstand auf sein Flugblatt „Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen“ und auf diesbezügliche Abhandlungen in den „VDFP-Nachrichten“ Nr. 6/1971 hin.

## Neues Unterhaltungsverfahren UFe

Zum „Neuen Unterhaltungsverfahren UFe“ hatte die Arbeitsgruppe UFe beim Hauptvorstand eine Stellungnahme verfaßt (Bericht vom VDFP-Bundesdelegiertentag 1971 in den „VDFP-Nachrichten“ Nr. 6/1971). Diese Stellungnahme wurde am 12. 11. 1971 dem Staatssekretär B beim BPM, Herrn Prof. Dr.-Ing. Hans Pausch, übermittelt. Hierzu ist folgendes Antwortschreiben vom 4. 2. 1972 beim Hauptvorstand eingegangen:

„Sehr geehrter Herr Fischer!

Ihre Ausarbeitung über das Neue Unterhaltungsverfahren UFe habe ich mit Interesse gelesen. Soweit sich Ihre Forderungen bei meinen Überlegungen berücksichtigen lassen, greife ich gerne auf Ihre Anregungen zurück.

Es werden z. Z. noch eine Reihe von Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis ich noch abwarten und mit den Gewerkschaften und dem Hauptpersonalrat abstimmen möchte. Ich bitte um Verständnis, daß ich Ihnen z. Z. nur einen Zwischenbescheid erteilen kann. Zu gegebener Zeit bin ich aber bereit, Ihnen weitere Einzelheiten über das Neue Unterhaltungsverfahren mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Pausch.*“

## Aufstieg mit Schwerpunktprüfung Versorgungsbezüge

Die nach Ablegen der Schwerpunktprüfung in die nächsthöhere Laufbahn übernommenen Kollegen möchten wir auf einige wichtige und für sie interessante Punkte aufmerksam machen.

Aufgrund des vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (4. BesÄndG) vom 19. Juli 1968 gilt mit Wirkung vom 1. Oktober 1968 folgendes (siehe AmtsblVfg Nr. 414/1968 im Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Ausgabe A, Nr. 88/1968):

**Versorgungsempfänger der BesGr A 9 erhalten Versorgung aus der BesGr A 10, wenn das innegehabte Amt das Eingangsamt der Laufbahn des Beamten war und seit der Anstellung in der Laufbahn des gehobenen Dienstes eine Dienstzeit von 3 Jahren in diesem Amt zurückgelegt worden ist. Dies gilt auch für Aufstiegsbeamte, bei denen an die Stelle des Zeitpunktes der Anstellung der Zeitpunkt des Aufstieges in die höhere Laufbahn tritt.**

Demzufolge muß ein nach der Schwerpunktprüfung vom TFBetrI zum TFI umbenannter Kollege die oben erwähnte Zeit von drei Jahren zurücklegen, wenn er voraussichtlich eine Beförderung nach A 10 nicht mehr erreicht und als TFI die Versorgungsbezüge der BesGr A 10 erhalten will. Diese Maßnahme ist vor allem von den Kollegen zu beachten, die eventuell einen Antrag auf frühzeitige Zurruesetzung stellen wollen.

## Besuch beim 1. Vorsitzenden der DPG Ernst Breit

Anläßlich der Neuwahl von Ernst Breit zum 1. Vorsitzenden des DPG-Hauptvorstandes fanden sich auch Vertreter der VDFP zu einem Antrittsbesuch ein und wünschten Ernst Breit für seine neue Tätigkeit viel Glück und Erfolg. Während des in harmonischer Atmosphäre verlaufenen längeren Gesprächs vertraten der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer und das VDFP-Hauptvorstandsmitglied Erwin Wehner die Auffassung, daß die freundschaftlichen Verbindungen zwischen DPG und VDFP auch weiterhin bestehen bleiben sollten, selbst wenn sich in einigen Fragen nicht immer eine einheitliche Meinung finden lasse. Ernst Breit und Karl Fischer betonten die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit, zwischen DPG und VDFP und deren beider Hauptvorstände Kontakte zu halten.

## Aus den Bezirken

### Rheinland

#### Gesprächsrunde mit Bundestagsabgeordneten

Um den Unmut der Beamten des mittleren technischen Dienstes wegen ihrer ungerechten Einstufung ins derzeitige Besoldungsgefüge an maßgebender Stelle kundzutun, hatte der VDFP-Bezirksvorstand Rheinland die Bundestagsabgeordneten Werner Buchstaller (SPD), Dr. Egon Klepsch (CDU) und das Mitglied des Bundestagsinnenausschusses Lothar Krall (FDP) zu einer Diskussion in das FA 1 Koblenz eingeladen. Als weitere Gäste waren Kollegen des VDPI, der DPG, des DPV und des örtlichen Personalrates anwesend.

Zuvor waren die Teilnehmer der Veranstaltung vom Präsidenten der OPD Koblenz durch die technischen Einrichtungen des FA 1 Koblenz geführt worden. Hierbei war dem 1. Vorsitzenden des VDFP-Bezirksvorstandes

Rheinland Andreas Damian die Gelegenheit geboten, vor allem auf die schwierigen Technikertätigkeiten in den einzelnen Tätigkeitsbereichen hinzuweisen. Die Gäste waren von den komplizierten Nachrichtenübermittlungstechniken und den darin vielfältig verwendeten elektronischen Bauteilen sichtlich beeindruckt.

Die Veranstaltung war darauf ausgerichtet, den Vertretern der politischen Parteien, deren Stimmen für die Besoldung der Beamten letztlich maßgebend sind, die Tätigkeiten der Techniker, insbesondere die des mittleren technischen Dienstes, vor Augen zu führen. Den Bundestagsabgeordneten wurde unter anderem auch erläutert, daß der mittlere technische Dienst der Deutschen Bundespost mit seiner Verantwortung für die Betriebssicherheit des gesamten Fernsprech-, Funk-, Fernschreib- und Fernsehbetriebes den Fluglotsen der Luftfahrt gleichzusetzen ist.

Zu Beginn der Diskussion gab Andreas Damian einen Überblick über die interne Ausbildung der Beamten des mittleren technischen Dienstes, die vergleichbar sei mit der Technikerausbildung der einzelnen Bundesländer. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Bemühungen des Bezirksvorstandes Rheinland, um über das Kultusministerium und die KMK eine Anerkennung dieser Ausbildung als Technikerausbildung zu erreichen. Diese Forderung wurde von den Abgeordneten als berechtigt erkannt und befürwortet. Allerdings werde diese Angelegenheit, so betonten sie, nicht im Bundestag entschieden.

Auf die Frage, ob im 2. BesVNG die technischen Beamten unter Fortfall der jetzigen unbefriedigenden Zulagenregelung um zwei Besoldungsgruppen und die Verwaltungsbeamten um eine Besoldungsgruppe höher in das Besoldungsgefüge eingestuft würden, antwortete Lothar Krall (FDP), daß dies wegen der gegebenen Finanzlage des Bundes im Innenausschuß nicht mehr zur Debatte stehe. Vielmehr sei daran gedacht, den nach dem 1.7.1972 fast abgebauten Besoldungsvorsprung der Techniker ab 1973 durch reale Zulagen in Höhe von etwa 100,— DM für den gehobenen technischen und etwa 60,— DM für den mittleren technischen Dienst wieder herzustellen. Alle hierzu geäußerten Einwände und auch die Forderungen des Oppositionsvertreters Dr. Egon Klepsch wurden mit dem Hinweis auf die defizitäre Lage des Bundeshaushaltes zurückgewiesen.

Alle drei Abgeordneten waren davon überzeugt, daß mit höchstwahrscheinlicher Sicherheit das Eingangsamt des gehobenen Dienstes ab 1974 in die BesGr A 11 eingestuft wird. Die hierdurch entstehende „Graue Zone“ — durch Umwandlung freiwerdende CFt-Dienstposten — sollte dann von Technikern besetzt werden. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt muß die Laufbahnneuordnung für den mittleren technischen Dienst geregelt sein, weil ab 1974 auch die ersten Absolventen der Fachoberschulen zur Verfügung stehen.

Im Verlauf der Diskussion war immer wieder festzustellen, daß es in dieser Angelegenheit der Initiative des BPM bedarf, denn wie beim augenblicklichen Stand der Besoldungsgespräche ersichtlich wird, ist eine gerechte Besoldung des mittleren technischen Dienstes der Deutschen Bundespost nur durch eine Laufbahnneuordnung möglich.

Der Bezirksvorstand Rheinland

## Rhein-Ruhr

### Bezirksvorstand beim Kultusministerium

Der VDFP-Bezirksvorstand Rhein-Ruhr hat in einem Schreiben an den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für die Kräfte des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost die Anerkennung als Techniker im öffentlichen Berufsleben gefordert. Mit Schreiben III A 6. 70-31/2 Nr. 3432/71 vom 25. 1. 1972 hat der Kultusminister des Landes NRW folgendes geantwortet:

„Ihr Anliegen ist von grundsätzlicher Bedeutung für eine ganze Berufsgruppe in der Bundesrepublik. Derartige Grundsatzfragen müssen von der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden. Die KMK ist über Ihr Begehren informiert.“

Außerdem wurde, unabhängig vom Stand der Bearbeitung auf KMK-Ebene, eine Abordnung des Bezirksvorstandes Rhein-Ruhr zu einem Gespräch ins Kultusministerium eingeladen. Die Vorstandsmitglieder Siegfried Mücke, Werner Langenberg, Werner Hoffmann und Herbert Dissen nahmen an diesem Gespräch teil; das Kultusministerium war durch MinR Tiedemann vertreten.

Zunächst erläuterten die Vertreter der VDFP die Ausbildung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst bei der Deutschen Bundespost. Es wurde von ihnen darauf hingewiesen, daß der mittlere fernmeldetechnische Dienst für die Unterhaltung eines der größten und modernsten Nachrichtennetze der Welt verantwortlich sei und somit die Aufgaben dieser Berufsgruppe dem Berufsbild eines Technikers im öffentlichen Berufsleben entsprechen. Die Tätigkeiten im Bft-Dienst hätten sich zwar schon seit den 50er Jahren vom Handwerklichen weg zu denen eines Technikers hin entwickelt. Jedoch der Einzug der Elektronik im Fernmeldewesen verlange heute vom Bft-Beamten weitaus mehr als nur die Grundlagen der Elektrotechnik. Deshalb sei die Ausbildung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst, einschließlich der Fortbildungsmaßnahmen, mit der Technikerausbildung durchaus auf eine Stufe zu stellen.

Wie MinR Tiedemann zu verstehen gab, sind der KMK die Probleme der Bft-Laufbahn bereits bekannt, da ihr auch aus anderen Bundesländern gleichlautende Anträge zugegangen sind. Im Grunde erklärte sich MinR Tiedemann bereit, die Ausbildung für den Bft-Dienst als Technikerausbildung anzuerkennen. Nach seinen Ausführungen kommt es jedoch nicht auf die Gleichmäßigkeit, sondern auf die Gleichwertigkeit der Ausbildung an. Die KMK ist zur Zeit dabei, eine „Bundeseinheitliche Richtlinie für den staatlich geprüften Techniker“ zu erarbeiten. Die z. Z. noch geltenden Bestimmungen des Landes NRW sagen aus, daß für die Zulassung zur staatlichen Technikerprüfung ein zweijähriges Praktikum und der Besuch

einer Technikerschule — drei Semester Tagesstudium oder sieben Semester Abendstudium — nachgewiesen werden müssen.

Die TFAss-Prüfung ist als reine Laufbahnprüfung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost zu betrachten. Die Entscheidung, ob diese Prüfung als Technikerprüfung anerkannt wird, obliegt der KMK. Der Beschluß der KMK wird dem BPM unmittelbar bekanntgegeben werden. Das Kultusministerium des Landes NRW greift der KMK-Entscheidung nicht vor, es wird sich jedoch auf KMK-Ebene für unsere Belange einsetzen.

Der Bezirksvorstand Rhein-Ruhr

## Hessen

### Bezirksdelegiertentag 1971

Die Ortsvereinigungen Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Kassel und Wiesbaden hatten insgesamt 72 Delegierte zum Bezirksdelegiertentag 1971 des VDFP-Bezirk Hessen entsandt, der am 1. Oktober im „Felsenkeller“ in Fulda stattfand.

Nachdem die Tagungsteilnehmer von Josef Rieger, dem 1. Vorsitzenden der OV Fulda, begrüßt und willkommen geheißen worden waren, eröffnete Fred Busch, 1. Vorsitzender des Bezirksvorstandes Hessen, den Delegiertentag. Er konnte als Gäste den Amtsvorsteher des FA Fulda, OPDir Dipl.-Ing. Mehrens, den 1. Vorsitzenden der VDPI-Ortsgruppe Fulda, Ing. grad. Hasskerl, den VDFP-Bundesvorsitzenden Karl Fischer und die Vertreter der zwei Fuldaer Tageszeitungen begrüßen.

Weitere Grußworte an den Delegiertentag richteten OPDir Dipl.-Ing. Mehrens für das FA Fulda und Ing. grad. Hasskerl für den VDPI-Bezirksvorstand Hessen.

In einer Gedenkminute wurde stellvertretend für alle seit der Jahreshauptversammlung 1970 verstorbenen Mitglieder unser im Dezember 1970 unerwartet verschiedenere Ehrenvorsitzender Franz Albert besonders geehrt.

In seinem Geschäftsbericht für den Zeitraum von Oktober 1970 bis Oktober 1971 erläuterte Fred Busch die umfangreiche Tätigkeit des Bezirksvorstandes.

Als erster Referent des Tages gab der Amtsvorsteher des FA 4 Frankfurt, OPDir Dipl.-Ing. Sander, einen Überblick über die Personalsituation im OPD-Bezirk Frankfurt. Laut seinen Ausführungen waren Ende 1970 im

OPD-Bezirk Frankfurt 4128 Personalposten für den BFT-Dienst vorhanden; 871 davon waren unbesetzt. Zum gleichen Zeitpunkt fehlten 1305 Laufbahnkräfte. Bis zum Jahre 1975 werden voraussichtlich noch weitere 1167 Laufbahnkräfte erforderlich sein.

Aufgrund dieser negativen Personalsituation hat die OPD Frankfurt Überlegungen angestellt und auf höherer Ebene folgende Maßnahmen zur Beseitigung des Personalfehlerbestandes vorgeschlagen: Änderung der Ausbildung, Bezahlung der zahlreich anfallenden Überstunden, Abbau der finanziellen Einbußen bei Übernahme in das Beamtenverhältnis, Ausgleich des finanziellen Gefälles zwischen Innen- und Außendienst durch Zulagen. Weiterhin wurde erwogen, Technikern aus der Privatindustrie den Eintritt in den technischen Dienst der Deutschen Bundespost zu ermöglichen. Auch die Einführung einer neuen BF- und CF-Laufbahn steht zur Debatte, um dem Personalmangel im BFT- und CFt-Dienst begegnen zu können.

Die neue Ausbildungsordnung und die Vorstellungen zu einer neu zu schaffenden Technikerlaufbahn bildeten die Kernpunkte der sich anschließenden Aussprache. Der Referent war hierbei der Auffassung, daß für die Zukunft der Ausbildung ein Vorrang einzuräumen sei.

Zur technischen Entwicklung im OPD-Bezirk Frankfurt seit der Einführung des SWFD nahm OPDir Dipl.-Ing. Sander, UAbtL 2 b bei der OPD Frankfurt, in seinem Referat Stellung. Davon ausgehend, daß Frankfurt angesichts seiner zentralen Lage einen Schwerpunkt für den SWFD, die Fernsehübertragung, die Datenübertragung und den Telex-Dienst darstellt sei es notwendig, in diesem Bereich die neuesten Techniken des Fernmeldewesens einzusetzen.

Auf den Gebieten der Telegrafie, des Fernsprechens und der Datenübertragung werden in den nächsten Jahren elektronische Vermittlungssysteme eingeführt. Durch die Einführung dieser Systeme sollen die bisherigen Wartungsprobleme weitestgehend entfallen. Außerdem rechnet man für die nächsten fünf Jahre mit einer Verdoppelung der vorhandenen Fernsprechhauptanschlüsse.

Allerdings ist die Verwirklichung dieser Vorhaben von der wirtschaftlichen Situation der Deutschen Bundespost, der Kapazität der einschlägigen Industrie und nicht zuletzt von der Verfügbarkeit des hierfür erforderlichen Personals abhängig.

Im Verlauf der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde verschiedentlich angezweifelt, daß die vorgesehenen elektronischen Vermittlungssysteme in dem allgemein erhofften Maße störungsfrei arbeiten werden und somit die herkömmlichen Techniken als bereits abgeschriben betrachtet werden könnten. Auch müßte im Hinblick auf die technischen Neuerungen eine rechtzeitige und intensive Schulung der Unterhaltungskräfte einsetzen.

Der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer legte in einem Kurzreferat den Standpunkt der VDFP zu einer neu zu schaffenden Technikerlaufbahn dar. Er begründete im besonderen die Forderung der VDFP, alle bisherigen BfT-Beamten ohne Prüfung und Qualifikation in eine solche Technikerlaufbahn zu übernehmen.

Dank der ausgezeichneten Organisation durch die OV Fulda verlief der Bezirksdelegiertentag 1971 — trotz der Vielzahl der zu behandelnden Themen — programmgemäß. Zu erwähnen ist noch, daß die Tagungsteilnehmer am späten Vormittag vom Magistrat der Stadt Fulda im Stadtschloß empfangen und von Dr. Damm durch die sehenswerten Räume geführt wurden.

Der Bezirksvorstand Hessen

## Neustadt/Weinstraße

### Jahreshauptversammlung 1971

Am 18. Dezember 1971 fand die Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Neustadt/Weinstraße statt. Die satzungsgemäß stattgefundene Neuwahl ergab folgende Zusammensetzung des Bezirksvorstandes:

1. Vorsitzender	Albert Kuhn	FA Neustadt
2. Vorsitzender	Helge Mook	FA Kaiserslautern
1. Schriftführer	Heinz Remy	FA Neustadt
2. Schriftführer	Adolf Walter	FA Neustadt
1. Kassierer	Jakob Bub	fr. FA Neustadt
2. Kassierer	Edwin Deidesheimer	FA Neustadt
Beisitzer	Rudi Benkel	FA Kaiserslautern
	Siegfried Wrobel	FA Neustadt
	Hermann Lehr	FA Neustadt

Die neue Anschrift der Bezirksvereinigung

Neustadt/Weinstraße lautet:

Vereinigung Deutscher

Fernmeldetechniker Post

Bezirksvorstand Neustadt/Weinstraße

zu Händen von Albert Kuhn

673 Neustadt 21

Weißkreuzstraße 21

Der Bezirksvorstand Neustadt/Weinstraße

## Stuttgart

### Jahreshauptversammlung 1971

Im Vereinsheim des Turnerbundes Cannstatt fand am 13. November die Jahreshauptversammlung 1971 der Bezirksvereinigung Stuttgart statt.

Als Versammlungsleiter fungierte Albert Blanz, der 2. Vorsitzende des Bezirksvorstandes. In seiner Begrüßungsansprache richtete er ein besonders herzliches „Willkommen“ an die Vertreter des VDFP-Hauptvorstandes: Bernd-Peter Reimann, den Hauptreferenten des Tages und den VDFP-Bundesvorsitzenden Karl Fischer.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, die einstimmig gebilligt wurde, erhoben sich die Versammlungsteilnehmer zu Ehren der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder

Julius Öchsle, FA Ulm; Hermann Möhrer, früher FA 1 Stuttgart; Karl Grüb, früher FA 3 Stuttgart und Rudolf Schumacher, früher FA Ulm.

In seinem Geschäftsbericht nahm der 1. Vorsitzende des Bezirksvorstandes Johann Pletschacher zu den Auswirkungen des 1. BesVNG und zu der vom VDFP-Hauptvorstand herausgegebenen Grundkonzeption zur künftigen Laufbahngestaltung für den mittleren technischen Dienst Stellung. Zwar hätte das 1. BesVNG den TFHS und TFBetrI nun endlich auch die ihnen längst zustehende Technikerzulage gebracht, aber durch das Nachziehen der nichttechnischen Dienste sei schon ab 1. 7. 1972 die Technikerzulage für den gesamten mittleren technischen Dienst nur noch ganze 20,— DM wert. Die hieraus resultierende Benachteiligung sei vom Hauptvorstand und von den Bezirksvorständen den verantwortlichen Politikern in entsprechenden Protestschreiben dargelegt worden.

„Der Mangel an Kräften im mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost“, so führte Bernd-Peter Reimann in seinem Referat zum Thema *Situation der BfT-Laufbahn, Fakten, Analysen und Meinungen* unter anderem aus, „ist auch beim BPM längst bekannt. Die verhältnismäßig großen Abwanderungsziffern junger Nachwuchskräfte — zur Privatindustrie oder an weiterführende Schulen — bereitet auch den zuständigen Stellen des BPM erhebliche Sorgen. Vor einiger Zeit wurde nun dem BPM der Vorschlag unterbreitet, zwischen der jetzigen BfT-Laufbahn und dem Cft-Dienst eine weitere Laufbahn einzubauen. Dieses Ansinnen haben die Bezirksvorstände und der Hauptvorstand der VDFP entschieden abgelehnt und auf die VDFP-Konzeptionen der letzten zehn Jahre hingewiesen, in denen für den mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost der Einstieg bei A 7 bzw. A 8 und die Spitzenstellung bei A 10 bzw. A 11 gefordert wurde.“

Eine Aufteilung der BfT-Laufbahn in zwei Gruppen — „BfT I“ und „BfT II“ oder wie sie auch heißen mögen — wurde von der VDFP grundsätzlich abgelehnt.

Sie fordert neben dem technischen Tarifpersonal eine Technikerlaufbahn mit den Besoldungsgruppen A 8 bis A 11. Bei der Übernahme in eine solche Laufbahn ist zu unterscheiden, ob es sich um neu auszubildende Kräfte oder um bereits bewährte BfT-Beamte handelt. Nach Ablegen der TFAs-Prüfung und bei Beschäftigung auf einem entsprechenden Dienstposten müßte eine stufenweise erfolgende Übernahme der jetzigen BfT-Beamten in eine Technikerlaufbahn ohne weitere Prüfung möglich sein. Die jungen Kollegen würden allerdings nach ihrem Lehrabschluß und einer zeitlich begrenzten Facheinweisung als FHandw eine zwei- oder dreisemestrigere Technikerschule besuchen müssen, um dann nach abgelegter Prüfung als graduierte Techniker oder Elektroniker in die Technikerlaufbahn einzusteigen. Bei der Anwendung solcher Maßnahmen ist die Abwanderung von jüngeren Kollegen in die Privatindustrie mit Bestimmtheit zu verhindern.“

Der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer beantwortete während der sich anschließenden regen Aussprache zahlreiche Fragen zu den verschiedensten Laufbahnproblemen. Hierbei kamen vor allem die Ausbildungsordnung, die Bemessung und Bewertung von Dienstposten sowie die Neuordnung der Laufbahnstruktur zur Sprache.

Ein Antrag des Bezirksvorstandes zu einer neuen Beitragsregelung wurde nach eingehender Begründung und Diskussion von den aktiven Mitgliedern einstimmig angenommen. Die neuen Beitragssätze sind:

FHandw bis einschließlich TFS = 1,— DM  
 ab TFOS = 1,50 DM

Die anwesenden Ruhestandsbeamten enthielten sich bei dieser Abstimmung ihrer Stimme. Sie wollen zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag zu ihrer Beitragsregelung stellen (siehe auch am Schluß dieser Mitteilung).

In seinem Schlußwort dankte Johann Pletschacher dem Referenten Bernd-Peter Reimann und dem VDFP-Bundesvorsitzenden Karl Fischer für ihre ausführlichen Berichte über die Arbeit des VDFP-Hauptvorstandes. Er betonte, daß in Schreiben und persönlichen Aussprachen zwischen der VDFP einerseits und dem BPM, dem FTZ, führenden Politikern im Bundestag und Bundesrat sowie dem Postverwaltungsrat andererseits das erfolgreiche Wirken der VDFP zum Ausdruck gekommen sei.

Ihr Dienstjubiläum konnten feiern

für 25jährige Dienstzeit: Karl Feil, FA Heilbronn; Adolf Schmauder und Herbert Korte, beide FA 3 Stuttgart; Rudolf Kirhherr und Gerhard Greiner, beide FA 1 Stuttgart;

für 40jährige Dienstzeit: Otto Zink, FA 1 Stuttgart; Max Reustle, FA 2 Stuttgart.

Unseren Jubilaren gratulieren wir auch an dieser Stelle nochmals herzlich zu ihrem bereits begangenen Ehrentage und wünschen ihnen weiterhin alles Gute.

In den wohlverdienten Ruhestand sind getreten:

Helmut Schnell, FZA Stuttgart; Emil Neuffer, FA 3 Stuttgart; Willi Moriz, FA Schwäbisch Hall.

Auch ihnen wünschen wir für die Zukunft alles Gute, vor allem einen geruhsamen und friedvollen Lebensabend bei bester Gesundheit.

Am 5. Februar 1972 verstarb im Alter von 78 Jahren und doch für uns alle völlig unerwartet Karl Bächler, früher FA 1 Stuttgart. Karl Bächler war das lebensälteste Mitglied der Bezirksvereinigung Stuttgart. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Zur Beitragsregelung für unsere im Ruhestand befindlichen Mitglieder erhielten wir folgendes Schreiben unseres früheren 2. Vorsitzenden Walter Kuhnle:

Bei der Jahreshauptversammlung 1971 waren die anwesenden Ruhestandsbeamten mit der Einführung eines Mitgliedsbeitrages für Pensionäre grundsätzlich einverstanden, weil die VDFP für uns zum Teil die gleichen Ausgaben hat wie für die aktiven Mitglieder (Mitteilungsblatt, Porto usw.).

Ich schlage daher vor, für die Pensionäre der Bezirksvereinigung Stuttgart einen Beitrag von —,50 DM einzuführen. Einen entsprechenden Antrag werde ich, sofern keine Einwände erhoben werden, bei der nächsten Gelegenheit einbringen.

Mit kollegialem Gruß

Walter Kuhnle

7 Stuttgart 31  
 Schildkrötenweg 2/X. OG  
 Fernsprecher: 88 71 40

Nachdem die vorbereitenden Arbeiten bereits abgeschlossen sind, werden die neuen Beitragssätze ab 1. 4. 1972 von der Besoldungskasse erhoben. Leider wurden in der letzten Bezirksmitteilung die Abgrenzungen der Beitragssätze irrtümlich mit „... einschließlich TFOS“ und „ab TFHS“ angegeben. Wir bitten für dieses Versehen um Nachsicht.

Der Bezirksvorstand Stuttgart

---

**Nächster Redaktionsschluß: 2. 5. 1972!**

---

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.  
 — Der Hauptvorstand — 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 2032  
 Redaktion: Bezirksvorstand Stuttgart. Kasse: Adolf Schmauder,  
 7 Stuttgart 1, Postfach 1326, PSch-Konto Stgt. 93700  
 Gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung  
 der VDFP dar  
 Herstellung: Druckerei G. Schopf, 7016 Gerlingen 1, Karlsbader Str. 96



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 3 / 1972

April - Juni

7. Jahrgang

## Mitteilungen des Hauptvorstandes

### Protest . . . .

Am 6. Mai 1972 fand in Stuttgart die zweite gemeinsame Großveranstaltung der VDFP-Bezirke Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken und Stuttgart statt, an der auch der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer und das VDFP-Hauptvorstandsmitglied Georg Boß teilnahmen. Als Vertreter des Präsidenten der OPD Stuttgart war der UAbtL 2 a, Herr OPDir Dipl.-Ing. Stingel, anwesend.

Anlässlich dieser Veranstaltung übergab der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer drei neue Druckwerke des VDFP-Hauptvorstandes der Öffentlichkeit. Unter anderem die Broschüre „Notstand in der Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost“ und eine Stellungnahme zur „Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen“.

In Protesttelegrammen an den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und an den Bundesinnenminister drückten die anwesenden VDFP-Mitglieder ihren Unmut über die immer noch ungerechte Einstufung der Tätigkeiten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes im derzeitigen Besoldungsgefüge aus. Die Telegramme hatten folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Die Teilnehmer der Sternfahrt aus den VDFP-Bezirken Stuttgart, Neustadt/Weinstraße und Saarbrücken protestieren hiermit gegen eine weitere Verschleppung der Neuordnung der Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost als Technikerlaufbahn.

Wir fordern eine besoldungsmäßige Überschneidung mit der Laufbahn des gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes um zwei Besoldungsgruppen.

Wir fordern sofortige Maßnahmen, die geeignet sind, den erheblichen Personalfehlbestand von zum Teil 40 vH und mehr in den Ballungszentren zu beseitigen. Die andauernde und sich stetig vergrößernde Überlastung kann von den Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes nicht mehr länger unwidersprochen hingenommen werden.

Wir bitten Sie, eine Abordnung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. zum Zwecke der Erörterung der oben angeführten Probleme zu empfangen.“

### . . . . und Erfolg!

Bereits am 31. Mai 1972 hatte der VDFP-Hauptvorstand die Antwortschreiben zu beiden Telegrammen in Händen. Im Nachstehenden geben wir auszugsweise den Wortlaut dieser Schreiben bekannt.

Antwortschreiben des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen vom 26. Mai 1972:

*„Ich bestätige dankend den Eingang Ihres Fernschreibens vom 7. 5. 1972, in dem Sie auf die schwierigen Personalprobleme im mittleren fernmeldetechnischen Dienst hinweisen und die Notwendigkeit einer Laufbahneuordnung unterstreichen.“*

*Wie ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 11. Februar dieses Jahres mitteilte, wird in meinem Hause gegenwärtig ein Konzept für eine umfassende Neugestaltung der Laufbahnen des einfachen, mittleren und gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes erarbeitet, das den Interessen aller Beteiligten gerecht werden soll. Ihrem Wunsch entsprechend hatte ich seinerzeit angeboten, nach dem Vorliegen bestimmter Untersuchungsergebnisse eine Aussprache über die Sie interessierenden Fragen zu führen. Obwohl die Wertung der Untersuchungsergebnisse noch nicht abgeschlossen ist, darf ich Sie auf Ihre neuerliche Bitte hin nunmehr zu diesem Gespräch einladen. Leider ist es mir aus terminlichen Gründen jedoch nicht möglich, Sie in absehbarer Zeit persönlich zu empfangen. In meinem Hause steht Ihnen aber der Referent des Stabs der Personalabteilung, Herr Ministerialrat Hertle, zur Verfügung. Ich bitte Sie, sich zwecks Terminabsprache mit Herrn Hertle fernmündlich in Verbindung zu setzen.“*

Der Hauptvorstand hat sich mit Herrn MinR Hertle vom BPM umgehend in Verbindung gesetzt und einen Termin vereinbart. Noch im Juli 1972 wird eine Abordnung der VDFP zu den Gesprächen nach Bonn reisen.

Antwortschreiben des Bundesinnenministers vom 26. Mai 1972:

*„Die Bundesregierung hat zu Fragen der Besoldung der Beamten des technischen Dienstes in letzter Zeit wiederholt gegenüber dem Deutschen Bundestag Stellung ge-*

nommen (vgl. BT-Drucksache VII/2944, Anlage 27 des Stenographischen Berichts über die 167. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28. Januar 1972 sowie den Stenographischen Bericht über die 177. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. März 1972, Seite 10263). Die Antworten der Bundesregierung betreffen zwar in erster Linie den gehobenen technischen Dienst. Der dort herausgestellte Gesichtspunkt, daß die Probleme des technischen Dienstes nicht isoliert betrachtet werden dürfen, sondern im Zusammenhang mit der Neuordnung des Laufbahn- und Besoldungsrechts sowie den Auswirkungen der Bildungsreform gesehen werden müssen, hat jedoch ebenso Bedeutung auch für den mittleren technischen Dienst.

Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um beschleunigt zu einer angemessenen und befriedigenden Lösung zu kommen. Sie wird sich hierfür auch im Innenausschuß des Deutschen Bundestages einsetzen, der sich in naher Zukunft im Zusammenhang mit den Erörterungen zum Entwurf des Ersten Besoldungserhöhungsgesetzes auch mit der Frage der Technikerbesoldung befassen wird.“

## Resolution der VDFP

Die Unterschriftenaktion, zu der die Bezirksvereinigungen für eine Resolution an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom Hauptvorstand aufgerufen worden waren, konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Am 20. Mai 1972 richtete der VDFP-Hauptvorstand folgendes Schreiben, mit den zahlreichen Unterschriften versehen, an den Bundestagsinnenausschuß:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Informationen lassen uns befürchten, daß bei den Beratungen einer neuen Besoldungsordnung eine Höherstufung der mittleren fernmelde- und posttechnischen Beamten um zwei Besoldungsgruppen in Frage gestellt wird.

Beim Wegfall einer besseren Einstufung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes im Besoldungsgefüge oder bei einer erneuten Gleichschaltung mit anderen mittleren nichttechnischen Laufbahnen, wird die jetzige kritische Personallage verschlechtert und die kommenden, noch schwierigeren Aufgaben mit Sicherheit nicht gelöst werden.

Aus dieser Sorge, verbunden mit der Forderung nach einer leistungsgerechten Bezahlung, haben sich die Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes zu der nachfolgenden Resolution mit ihrer Unterschrift entschieden:

Anhebung der Besoldung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst um zwei Besoldungsgruppen.

Schaffung einer Technikerlaufbahn für die Beamten des mittleren fernmelde- und posttechnischen Dienstes, die sich über die beiden oberen Besoldungsgruppen des mittleren technischen Dienstes und die beiden unteren Besoldungsgruppen des gehobenen technischen Dienstes erstreckt.

Wir dürfen daher dringend an alle Mitglieder des Bundestagsinnenausschusses appellieren, bei den Beratungen unsere Forderungen einzubeziehen.

In der Anlage erlauben wir uns, neben der Unterschriftenliste unsere Stellungnahme „Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen“ und unsere Broschüre „Notstand der Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes“ beizulegen.

Zu einer Aussprache stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und verbleiben in Erwartung Ihrer geschätzten Antwort, die wir allen Laufbahnkollegen übermitteln werden,

mit freundlichen Grüßen

Karl Fischer

1. Vorsitzender

Darüber hinaus wird der Hauptvorstand seine Informationsarbeit auf die für die VDFP wichtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages ausweiten. Hierzu gehören unter anderem auch der Finanz- sowie der Post- und Verkehrsausschuß.

## Erwin Wehner 50 Jahre alt

Unser VDFP-Hauptvorstandsmitglied Erwin Wehner konnte am 8. Mai 1972 sein 50. Lebensjahr vollenden.

Erwin Wehner war am 10. Oktober 1950 Mitbegründer der VDFP in Unterfranken (Sitz Würzburg), Vorläuferin der heutigen Bezirksvereinigung Nürnberg. Den Aufruf zum Meinungsaustausch und zur Gründung von Bezirksvereinigungen im ganzen Bundesgebiet, der am 1. April 1951 von Nürnberg ausging, hat er mitunterzeichnet und somit zum Aufbau der VDFP auf Bundesebene entscheidend beigetragen.

Seit 1. August 1963 zum FTZ Darmstadt versetzt, ist er dort zur Zeit als TFBetrI im Referat A 46 und außerdem im Geschäftsführenden Personalrat tätig.

Aber auch in der VDFP ist Erwin Wehner nicht untätig geblieben. Als 2. Vorsitzender der Bezirksvereinigung Hessen und Vorsitzender der Ortsvereinigung Darmstadt setzt er sich mit großem Sachverstand und überzeugender Argumentation unermüdlich für die Ziele der VDFP ein.

Wir gratulieren unserem Erwin Wehner auch an dieser Stelle recht herzlich zu seinem Geburtstag. Wir danken ihm aber auch für alles, was er für die VDFP geleistet hat und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, vor allem beste Gesundheit.

## Nächster Redaktionsschluß: 7. 8. 1972!

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.

— Der Hauptvorstand — 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 2032

Redaktion: Bezirksvorstand Stuttgart. Kasse: Adolf Schmauder,

7 Stuttgart 1, Postfach 1326, PSch-Konto Stgt. 93700

Gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung

der VDFP dar

Herstellung: Druckerei G. Schopf, 7016 Gerlingen 1, Karlsbader Str. 66

## Neuordnung der Laufbahnstruktur

**Mit folgender ausführlicher Stellungnahme zur „Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen“ hat sich der VDFP-Hauptvorstand am 4. April 1972 an verschiedene Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewandt:**

„Die Personalsituation im BfT-Dienst ist schon seit mehr als einem Jahrzehnt durch einen erheblichen Personal­fehlbestand gekennzeichnet. Die Nachfrage nach Fern­sprechhauptanschlüssen und nach anderen Fernmeldeein­richtungen wird weiter steigen. Die Weiterentwicklung der Technik zwingt zum Einführen neuer Betriebsver­fahren und neuer Techniken. Will man die hier aufkom­menden Tätigkeiten im Fernmeldesektor erledigen, so braucht man mehr, aber vor allem auch gut ausgebildetes Personal. Aus den bisherigen Quellen ist dieser Personal­bedarf nicht zu decken. Es müssen also neue Wege ge­funden werden, das Personal zu bekommen.

**Hier muß aber einmal die Frage gestellt werden: „Wie kam es zu der völligen Fehlentwicklung zwischen dem Personalbedarf und dem wirklich vorhandenen Personal?“**

Der Grund hierfür kann nur darin liegen, daß man die Situation, vor der wir heute auf dem Personalsektor stehen, in der Vergangenheit völlig falsch eingeschätzt hat. Die durch die Verwaltung nun meist voreilig ein­geführten oder eingeleiteten Maßnahmen, wie die Reduzierung der Personalbemessungswerte oder die Einfüh­rung neuer Entstörungs- und Unterhaltungsverfahren, retten die Personalsituation, insbesondere für die Zu­kunft, nicht mehr. Im Gegenteil: hier gibt es durch un­gerechtfertigte Maßnahmen nur noch Verärgerung im Personalkörper.

**Welche Anzeichen der Personalfehlentwicklung hat man in der Vergangenheit nur ungenügend oder über­haupt nicht beachtet?**

Die Tätigkeit im BfT-Dienst hat sich schon seit den fünf­ziger Jahren langsam aber stetig von den handwerklichen Tätigkeiten hinweg zu den Tätigkeiten eines Technikers hinentwickelt. Dieser Fortentwicklung hat man einfach keine Rechnung getragen. Darin liegt der Hauptfehler der Vergangenheit.

Hätte man genauso, wie sich die Technik fortentwickelt hat, dem BfT-Dienst einen langsam aber stetig ver­besserten Stellenschlüssel gegeben und dann, wenn diese Möglichkeit erschöpft war, die Laufbahnstruktur geän­dert, also eine Neuschneidung des Besoldungsgefüges her­beigeführt, stünden wir heute nicht vor dieser schwierigen Personalsituation.

**Man muß erst einmal die Fehlentwicklungen der Ver­gangenheit untersuchen, um Fehlentwicklungen in der Zukunft zu vermeiden.**

Nun bleibt aber keine Zeit mehr zu einer kontinuier­lichen Entwicklung, sondern es muß das Versäumte der Vergangenheit mit einem Schritt nachgeholt werden. Dies birgt neue Gefahren in sich. Wird der Schritt einer Struk­turänderung im Fernmeldewesen nicht richtig getan, dann bringt er nicht den gewünschten Erfolg des erhofften Personalzuganges. Alles was man nun zu tun wünscht, muß vor allem gerecht sein, es muß beim vorhandenen Personal als richtig und gerecht empfunden werden. Es

darf jetzt nicht alles ausschließlich darauf abgestimmt werden, Personal von außen zu bekommen, sondern man muß das vorhandene Personal gerecht und vorrangig in die Strukturänderung einbeziehen.

Die Industrie hat aus der technischen Entwicklung schon längst ihre Schlüsse gezogen, sie hat schon seit langem den Beruf des Technikers eingeführt. Der Techniker der Deutschen Bundespost — im Bereich des Fernmelde­wesens — ist der BfT-Beamte. Die Bezahlung der Tech­niker in der Privatindustrie ist beachtlich höher als die Besoldung der BfT-Beamten. Die Bundespost weiß sehr genau, was die Tätigkeiten im Fernmeldewesen wert sind, denn sie zahlt den Privatfirmen — die im Auftrage der Bundespost Fernmeldeeinrichtungen installieren und instandsetzen —, beachtliche Preise. Dabei sind die Tätig­keiten, welche die Privatfirmen ausführen, im Schwierig­keitsgrad fast nur selten mit denen im BfT-Dienst ver­gleichbar.

**Der Verdienst der Monteure ist fast doppelt so hoch als der unserer BfT-Beamten. Unter diesen gegebenen Voraussetzungen wird kaum jemand in den Dienst der Deutschen Bundespost eintreten.**

Hieraus ergibt sich die wichtigste Forderung, die bei der Neuordnung der Laufbahnstruktur erfüllt werden muß. Eine Strukturverbesserung um zwei Besoldungsgruppen muß herbeigeführt werden, um eine annähernd gleiche Be­zahlung der Kräfte wie in der Privatindustrie zu er­reichen. Sie muß allen jetzigen Laufbahnmitgliedern mit gleicher Ausbildung zugute kommen. Das Problem ist dadurch zu lösen, daß man die jetzige BfT-Laufbahn um zwei Besoldungsgruppen im jetzigen Besoldungsgefüge hinaufschiebt. Diese so neu gebildete Laufbahngruppe ist als Technikerlaufbahn zu bezeichnen und erstreckt sich also über die beiden oberen Besoldungsgruppen der BfT-Laufbahn und über die beiden unteren Besoldungsgrup­pen der Cft-Laufbahn. Diese Überschneidung im Besol­dungsgefüge durch die neue Technikerlaufbahn muß ein weiterer Bestandteil der Strukturänderung sein. Ändert sich der Einstieg der Cft-Beamten, so muß sinngemäß der Einstieg der Techniker mitgeändert werden. Das Problem der Beschäftigung von BfT-Beamten — in Zu­kunft von Technikern — auf Cft-Dienstposten wäre bei dieser Konzeption gut zu lösen, wenn man außerdem die Vorschläge zur Ausgestaltung der Rechtsverordnung zu §§ 5 und 53 BBesG — Drucksache VI/2256 Deutscher Bundestag vom 4. Juni 1971 unter A 6 — heranzieht und auch für die Deutsche Bundespost nutzbar macht.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden mehr als 2 000 BfT-Kräfte illegal mit Cft-Tätigkeiten beschäftigt, ohne da­für gerecht bezahlt zu werden. In den verbleibenden Besoldungsgruppen des BfT-Dienstes könnte auch Tarif­personal beschäftigt werden. Die Technikerlaufbahn soll die sinnvolle Weiterführung der BfT-Laufbahn sein. Für die beiden Laufbahngruppen müssen unterschiedliche Ausbildungen, insbesondere in der Dauer als auch im Schwierigkeitsgrad für die neu hinzukommenden Kräfte geschaffen werden, für die Technikerlaufbahn eine an­erkannte Techniker Ausbildung. Jeder BfT-Anwärter, der dann, unter anderen Voraussetzungen als den heutigen, in die verbliebene, ggf. neuuzuordnende BfT-Laufbahn­gruppe eintritt, kann nach Absolvierung einer Techniker­ausbildung in die Technikerlaufbahn übersteigen. Neu-

zugänge in die Technikerlaufbahn können aber erst dann stattfinden, wenn alle BfT-Beamte mit der heutigen Ausbildung in die Technikerlaufbahn übernommen worden sind.

**Sollte die neue Technikerlaufbahn weniger Dienstposten haben als das jetzige BfT-Personal ausmacht, so ist ein Zeitplan für die Übernahme in die Technikerlaufbahn aufzustellen.**

**Die beiden Laufbahngruppen sollen nicht durch Laufbahnschranken voneinander getrennt werden. Genau so wie es sinnvoll ist, die Laufbahnschranken zwischen der Technikerlaufbahn und der Cft-Laufbahn nicht wieder in der alten Weise aufzubauen. Die Transparenz der Laufbahnen muß bei dieser Neuordnung gleich von Anfang an verwirklicht werden. Die technischen Laufbahnen müssen einen veränderlichen Stellenschlüssel erhalten, damit man steigende Anforderungen durch die Weiterentwicklung der Technik sinnvoll ausgleichen kann, wenn man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen will.**

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Albert Leicht (CDU), richtete am 25. April 1972 folgende Antwort an die VDFP:

*„Für Ihr Schreiben vom 4. April 1972 danke ich Ihnen. Das von Ihnen vorgebrachte Problem der Besoldung der Beamten des technischen Dienstes deckt sich in vieler Hinsicht mit Auffassungen, die z. Z. diskutiert werden. Das Parlament hatte zu dieser Frage bereits gewisse Vorstellungen, die die Bundesregierung zu realisieren aufgefordert ist. Ich verweise insofern auf den Antrag des Innenausschusses zur Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Neuregelung und Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (1. BesVNG).“*

*Der Innenausschuß hat seine damalige Anregung in die Überlegungen zu dem jetzt in der Beratung befindlichen Entwurf eines Ersten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes einbezogen. Wie der Innenausschuß letztlich votieren wird, vermag ich im Moment nicht zu übersehen.*

*Ich habe daher veranlaßt, daß Ihre Auffassung dem Innenausschuß für seine Beratungen vorgelegt wird.“*

Für die Fraktion der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag antwortete deren Vorsitzender, Bundesminister a. D. Richard Stücklen:

*„Für Ihr Schreiben vom 4. April 1972 und die Übersendung einer Entschließung Ihres Verbandes zur Neuordnung der Laufbahnstruktur im Fernmeldewesen der Bundespost danke ich Ihnen. Ich stimme Ihrer Auffassung zu, daß das geltende starre Laufbahnsystem einmal nicht mehr den inzwischen eingetretenen Änderungen auf dem Bildungssektor gerecht wird und damit die Gewinnung qualifizierten Personals erschwert. Zum anderen verhindert es die wünschenswerte Durchlässigkeit und Mobilität, die nicht zuletzt wegen des inzwischen eingetretenen Funktionswandels die Verwirklichung des Leistungsprinzips voraussetzen. Eine umfassende Laufbahnreform, die diese Forderungen berücksichtigt, erscheint daher dringend geboten.“*

*Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind allerdings zwei Entwicklungstendenzen wesentlich, die gleichzeitig auch den Grad meiner von Ihnen gewünschten parlamentarischen Einflußmöglichkeiten auf die Reform des Laufbahnrechts bestimmen. Die umfassende Neugestaltung des gesamten*

*Laufbahnrechts als Teil der Reform des öffentlichen Dienstrechts, die im wesentlichen Aufgabe des Parlaments sein wird, wird mit Sicherheit nicht eher in Angriff genommen werden können, ehe nicht die vor längerer Zeit eingesetzte Reformkommission unabhängiger Sachverständiger ihren abschließenden Bericht vorgelegt haben wird. Dieser Bericht ist nicht vor Ende dieses Jahres zu erwarten. Unabhängig von dieser notwendigen Gesamtreform ändern selbstverständlich die einzelnen Ressorts die bei ihnen geltenden Laufbahnordnungen, die als Verwaltungsvorschriften jedoch nicht der parlamentarischen Zustimmung bedürfen.*

*Nach einer Erklärung des Staatssekretärs beim Bundesministerium für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 12. April 1972 entwickelt die Bundespost derzeit tatsächlich Modellvorstellungen zur Änderung der einzelnen Laufbahnordnungen. Dazu könnten jedoch noch keine Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, ehe nicht die Ressortverhandlungen abgeschlossen seien. Da Ihr Anliegen offensichtlich dahin zielt, Sie bereits bei der Änderung der einzelnen Laufbahnen zu unterstützen, muß ich Sie bei dieser Sachlage bitten, mir nach Möglichkeit noch gelegentlich einige Anhaltspunkte über Ihre Zielvorstellungen und Wünsche einerseits und die Absichten der Bundespost andererseits aufzuzeigen. Im übrigen darf ich Ihnen abschließend versichern, daß ich Sie bei der Reform des öffentlichen Dienstrechts, die notwendigerweise auch eine Reform des Laufbahnrechts einschließt, sowie bei der künftigen Neuordnung des Besoldungsrechts in Ihrem Interesse an einer ausbildungs- und leistungsgerechten Einstellung, Beschäftigung und Bezahlung unterstützen werde.“*

Der Hauptvorstand

## Aus der Presse

Am 16. Mai 1972 wußte die Südwest-Presse in der „Filder-Zeitung“, einer Tageszeitung für Stuttgart und das gesamte Fildergebiet, aus Karlsruhe folgendes zu berichten:

### Telefon-Spezialisten gaben Beamten-Urkunden zurück „Wir büßen sonst 150 DM im Monat ein“ — Protestbrief an Leber

Zwei Jahre lang büffelten sie fürs Examen. Aber als die Fernmeldehandwerker des Technischen Dienstes der Bundespost Karlsruhe ihre Beamtenurkunde erhalten sollten, verweigerten sie die Annahme des sonst begehrten Papiers. Rund 25 Telefonspezialisten aus Karlsruhe und inzwischen weitere 50 aus anderen Städten haben bei ihrem obersten Dienstherrn, Minister Georg Leber, dagegen protestiert, daß sie nur auf dem Papier, nicht aber auf dem Konto „höher gestuft“ werden sollten. Im Gegenteil: als Beamte des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes würden sie rund 150 Mark weniger bekommen als bisher.

Ihre Klage übergaben sie der Deutschen Postgewerkschaft und den Abgeordneten ihres Wahlkreises. Prompt schrieb der Jungparlamentarier Peter Corterier (SPD) an seinen Parteifreund Leber: „Für die jungen Leute ist es nur schwer zu verstehen, warum sie nach Übernahme ins Beamtenverhältnis weniger verdienen sollen als vorher. Oft werden diese Einkommensverluste erst nach der Beförderung zum Hauptsekretär, normalerweise also mit etwa 35 Jahren, wieder ausgeglichen.“

Cortier zeigte sich jedoch versöhnlich: die „Beamtenverweigerer“ seien grundsätzlich zur Annahme des Papiers bereit, aber erst müsse die finanzielle Gleichstellung mit dem bisherigen Dienst gesichert sein. (eba)

Daß solche Berichte nicht aus der Luft gegriffen sind, müßten eigentlich alle wissen, die es angeht. Um aber auch die letzten Zweifler davon zu überzeugen, daß es gar nicht so lohnend ist, in jüngeren Jahren Beamter des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes zu werden, können wir folgende authentische Angaben auf den Tisch legen.

Zur Person:

26 Jahre alt, Steuerklasse III (verheiratet, ein Kind). Im Dezember 1971 Prüfung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst bestanden. Ab 1. 1. 1972 TFAss z. A. übt der Kollege im Juni 1972 noch immer dieselbe Tätigkeit aus wie im November 1971 als FHandw.

Bruttolohn (LGr I) November 1971: 1 664,00 DM

Abzüge:

Lohnsteuer	196,50 DM
Kirchensteuer	15,72 DM
Krankenversicherung	54,15 DM
Rentenversicherung	141,42 DM
Arbeitslosenversicherung	10,81 DM
VAP	23,27 DM
Berufsverband	10,00 DM

Summe der Abzüge 451,87 DM = 451,87 DM

Nettolohn: 1 212,13 DM

Bruttobezüge (BesGr A 5) Juni 1972: 1 231,52 DM

Abzüge:

Lohnsteuer	133,80 DM
Kirchensteuer	10,70 DM
PBeaKK	60,50 DM
Zusatzversicherung zur PBeaKK	6,80 DM
Berufsverband	7,88 DM

Summe der Abzüge 219,68 DM = 219,68 DM

Nettobezüge: 1 011,84 DM

Gegenüberstellung:

FHandw (LGr I):	1 212,13 DM
TFAss z. A. (BesGr A 5):	1 011,84 DM
Differenz:	— 200,29 DM

**Lohnt es sich also, mit 26 Jahren Beamter des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost zu werden? Jeder, der ehrlich ist, sagt dazu: „Nein!“. Denn eine nicht unerhebliche finanzielle Einbuße ist hier die Kehrseite der Medaille (sprich: Urkunde)!**

Die Redaktion

## Aus den Bezirken

### HESSEN

Die Diskussion über den Stellenwert der Ausbildung für den mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost ist noch nicht beendet. Der Bezirksvorstand hat vom Kultusminister des Landes Hessen die Frage prüfen lassen, inwieweit die fachlich-technischen Kenntnisse im

mittleren technischen Dienst als Voraussetzung einer Fachlehrertätigkeit anerkannt werden. Mit Schreiben vom 5. Mai 1972 hat der Kultusminister unter anderem folgendes geantwortet (Az E III 3—254/6):

*„Es trifft zu, daß zur Ausbildung als Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer an beruflichen Schulen auch die Prüfung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst als Eingangsvoraussetzung im Lande Hessen anerkannt wird. Ich habe diesen Sachverhalt im November 1970 in einem Schreiben dem Landtagsabgeordneten Heribert Reitz mitgeteilt. Grundlage meiner Entscheidung war eine eingehende Überprüfung der Ausbildungsordnung für den einfachen und mittleren fernmeldetechnischen Dienst (Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Ausgabe A vom 15. 4. 1966).“*

Weiter lautet es im Schreiben des Kultusministers:

*„Im Hinblick auf den fachlichen Inhalt sehe ich jedoch die Prüfung für den Eintritt in den mittleren fernmeldetechnischen Dienst als gleichwertig mit dem fachlichen Teil der Meisterprüfung an. Weil sich die Ausbildung der Fachlehrer während ihres zweijährigen Vorbereitungsdiens insbesondere auf die Bereiche Pädagogik und Staatsbürgerkunde (Sozialkunde) erstreckt, habe ich mich unter Zurückstellung von Bedenken grundsätzlich bereit erklärt, die Prüfung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst als Eingangsvoraussetzung zur Ausbildung als Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer mit der Handwerksmeisterprüfung gleichzustellen.“*

In diesem Zusammenhang ist auch die besoldungsmäßige Einstufung der Fachlehrer interessant:

Das Land Hessen besoldet den Fachlehrer zur Zeit nach der BesGr A 11 (Hessisches Besoldungsgesetz) und den Fachoberlehrer nach den BesGr A 11 a bzw. A 12.

Aus den oben angeführten Fakten läßt sich ableiten, daß die jahrelange Diskussion und Argumentation bei der Forderung nach einer besseren besoldungsmäßigen Einstufung der Kräfte des mittleren technischen Dienstes der Deutschen Bundespost eine berechtigte Grundlage hat. Die Forderung nach einer Technikerlaufbahn kann eine Lösung des Personalfehlbestandes und der allgemein kritischen Laufbahnsituation bringen.

Der Bezirksvorstand Hessen

### RHEIN-RUHR

#### Innendienst-Zulage gefordert

Der Bezirksvorstand der Bezirksvereinigung Rhein-Ruhr hat den VDFP-Hauptvorstand schriftlich ersucht, beim BPM eine Zulage für den Innendienst zu fordern.

Den Bft-Kräften des Innendienstes steht für die oftmals ihre Gesundheit beeinträchtigenden Erschwernisse — z. B. Lärmbelästigung, Arbeit bei künstlichem Licht, bei hoher Raumtemperatur, auf Leitern usw. — eine gerechte Entschädigung zu.

Wir haben deshalb in unserem Schreiben gefordert, daß alle Kollegen des Innendienstes eine angemessene Tageszulage erhalten;

bei gemischten Tätigkeiten (Innen- und Außendienst) dann die Entschädigung nach SRegelF gezahlt wird, wenn sie den Betrag der Innendienst-Zulage übersteigt.

Für die Höhe der Innendienst-Zulage haben wir die Entschädigungssätze der SRegelF zugrunde gelegt. Jedoch müssen die ständig im Außendienst tätigen Kräfte für

den ihnen entstehenden Mehraufwand eine höhere Entschädigung erhalten als die Kräfte des Innendienstes. Unsere Forderung nach einer Innendienst-Zulage enthält deshalb keine Nachteile für die Kollegen des Außendienstes.

Wir hoffen, durch unseren Vorschlag zu einer baldigen Regelung in dieser Angelegenheit beigetragen zu haben, damit die BfT-Kollegen des Innendienstes für die von ihnen in Kauf zu nehmenden Erschwernisse eine angemessene Entschädigung erhalten.

Der Bezirksvorstand Rhein-Ruhr

## SAARBRÜCKEN

### Versammlung der VDFP

Im Kasino des FA Saarbrücken fand am 26. Mai 1972 eine Versammlung der Bezirksvereinigung Saarbrücken statt. Neben etwa 120 Kollegen der BfT-Laufbahn waren als Gäste folgende Herren anwesend: Dr. Bender als Vertreter des Präsidenten der OPD Saarbrücken; Ing. grad. Poller, 1. Vorsitzender der VDPI-Bezirksgruppe; Ing. grad. Bayer, 1. Vorsitzender der DPG-Ortsverwaltung; Helmut Jablonsky, Personalrats-Vorsitzender beim FA Saarbrücken und Herr Mendges als Vertreter der Techniker der Deutschen Bundesbahn. Außerdem waren zwei Vertreter der Saarbrückener Tagespresse erschienen.

Nach seiner Begrüßungsansprache erteilte der 1. Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Richard Neusius, dem Hauptreferenten der Versammlung, VDFP-Bundesvorsitzender Karl Fischer, zum Thema „Aspekte zur Laufbahnneuordnung“, das Wort.

An den Beginn seines Referates stellte Karl Fischer einige Zahlenangaben aus der Rede des Staatssekretärs Kurt Gscheidle, die dieser beim Kongreß des Deutschen Beamtenbundes zwei Wochen zuvor in Saarbrücken gehalten hatte. Demnach soll sich das Defizit der Deutschen Bundespost bis 1973/74 auf rund vier Mrd. DM belaufen. Demgegenüber sei bis dahin der Gewinn auf dem Fernmeldesektor auf etwa zwei Mrd. DM angestiegen. Im Vergleich hierzu sind auch die Zahlen des Personalbedarfs interessant: Deutsche Bundespost insgesamt 400 000 Kräfte, davon entfallen auf den Fernmeldesektor 50 000 Kräfte. Vor etwa vier Wochen sei der zehnmillionste Fernsprechananschluß im Bundesgebiet in Betrieb genommen worden und man rechne bis 1980 mit der Verdoppelung dieser Anschlüsse.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Karl Fischer auf die prekäre Personalsituation im mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost ein. Bei einer Verdoppelung der Fernmeldeeinrichtungen sollte man annehmen können, daß das Personal zur Unterhaltung dieser Einrichtungen auch annähernd verdoppelt werden müsse. Da jedoch ein so großer Personalbedarf über die Ausbildungsstätten der Deutschen Bundespost nicht zu decken sei, hoffe man zuversichtlich, den Restbedarf aus der Privatindustrie zu gewinnen. Mit einem entsprechend starken Zugang von außen könne aber verständlicherweise nicht gerechnet werden, solange die Deutsche Bundespost ihren mittleren technischen Dienst nicht besser besolde. Vor allem aber auch deshalb nicht, weil sich die Privatindustrie mit der Einführung des Technikerberufes der technischen Entwicklung schon längst angepaßt habe. Der Techniker im Fernmeldewesen

der Deutschen Bundespost könne aber, aufgrund seiner Aus- und Fortbildung, nur der BfT-Beamte sein. Allerdings werde eine Laufbahnneuordnung noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten, weil hierbei erfahrungsgemäß andere, nichttechnische Laufbahnen auch ihre Forderungen anmelden werden.

Karl Fischer beendete sein Referat, indem er noch einmal darauf hinwies, daß die VDFP ganz bewußt eine Aufteilung der jetzigen BfT-Laufbahn in BfT I und BfT II ablehne. Wenn eine Laufbahn geändert werde, dann müßten auch die Beamten, die unter ganz bestimmten Voraussetzungen in die alte Laufbahn eingetreten seien, einen Rechtsstatus haben, zumindest stufenweise in die neue Laufbahn überführt zu werden.

Während der sich anschließenden Diskussion beantwortete Karl Fischer noch zahlreiche an ihn gestellte Fragen zu den verschiedensten Laufbahnproblemen.

In seinem Schlußwort dankte der 1. Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Richard Neusius, dem VDFP-Bundesvorsitzenden für seine Ausführungen sowie den Versammlungsteilnehmern für ihr Erscheinen und wünschte allen eine gute Heimreise.

Der Bezirksvorstand Saarbrücken

## STUTT GART

### Großveranstaltung der VDFP in Stuttgart

Die Bezirksvereinigungen Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken und Stuttgart trafen sich am 6. Mai 1972 zu ihrer zweiten gemeinsamen Veranstaltung in der Landeshauptstadt Baden-Württembergs.

Nachdem das erste Treffen dieser Art, das vor zwei Jahren in Neustadt/Weinstraße stattgefunden hatte, im Kollegenkreis einen nachhaltig positiven Eindruck hinterließ (unter den damaligen Ausflugsteilnehmern spricht man heute noch von der besonders gut gelungenen Weinprobe), war es uns schon damals klar, daß es nicht einfach sein würde, nur annähernd ebenbürtiges zu bieten. Bei all diesen Überlegungen mußte natürlich der Sinn und Zweck einer solchen Veranstaltung im Vordergrund stehen:

Die Verbundenheit unter den BfT-Kollegen durch dieses Treffen zum Ausdruck zu bringen;

den Gästen die Gelegenheit zu geben, unser Bundesland näher kennen zu lernen.

Erfreulicherweise fand die Einladung an die Mitglieder der Bezirksvereinigungen Neustadt/Weinstraße und Saarbrücken, in diesem Jahr nach Stuttgart zu kommen, den von uns erhofften, zahlreichen Zuspruch.

Bei gutem Reisewetter erwarteten mehrere Mitglieder unseres Bezirksvorstandes die Gäste aus der Pfalz und aus dem Saarland, die gegen 11.00 Uhr in fünf großen, vollbesetzten Reisebussen an der Autobahn-Raststätte „Stuttgart-Süd“ eintrafen. Von unseren „Lotsen“ sicher geführt über Degerloch, die Neue Weinsteige hinab — von wo sich ein weiter Rundblick über die Stuttgarter Innenstadt bis zu den gegenüberliegenden Höhenrandgebieten darbot —, durch Stuttgarts Osten und am Neckarstadion vorbei, war in kurzer Zeit Untertürkheim erreicht.

Die Besichtigung des Automobilmuseums der Daimler-Benz AG. war für die meisten ein hochinteressantes Er-

lebnis. Vom ersten motorgetriebenen Fahrzeug bis zu den Karossen verschiedener Staatsoberhäupter, vom Mercedes mit Heckmotor bis zum modernen „Flitzer“, vom ersten „Silberpfeil“ bis zu den Grand-Prix-Rennwagen der 30er und 50er Jahre konnte alles bestaunt und begutachtet werden, was zur Entwicklung des Automobils, aus den frühesten Anfängen bis zum heutigen Stand, beigetragen hat.

Weiter ging die Fahrt durch Bad Cannstatt, vorbei an der „Wilhelma“ zum Killesberg. Dort wurde in der „Ländlichen Gaststätte“ gemeinsam das Mittagessen eingenommen. Die meisten unternahm anschließend einen Spaziergang, um sich auch die Park- und Gartenanlagen des Höhenparkes Killesberg in ihrer Vielfältigkeit anzusehen.

Gegen 15.30 Uhr war man im großen Saal der Mensa der Technischen Universität Stuttgart wieder versammelt. In seiner Begrüßungsansprache hieß der 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes Stuttgart, Johann Pletschacher, die etwa 400 Veranstaltungsteilnehmer herzlich willkommen. Sein besonderer Gruß galt den geladenen Ehrengästen und ihren Angehörigen: als Vertreter des Präsidenten der OPD Stuttgart dem UAbtL 2 a, Herrn OPDir Dipl.-Ing. Stingel, vom VDFP-Hauptvorstand dem Bundesvorsitzenden Karl Fischer und dem Mitbegründer der VDFP, Georg Boß aus Frankfurt am Main.

Johann Pletschacher wies auf die besondere Bedeutung derartiger Veranstaltungen der VDFP hin, bei denen auch außerhalb des Berufslebens die Zusammengehörigkeit der Kollegen des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes der Deutschen Bundespost zum Ausdruck komme.

Der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer, der die Grüße des VDFP-Hauptvorstandes überbrachte, nahm — wie er sagte — die günstige Gelegenheit wahr, um vor über 250 VDFP-Mitgliedern zur berufspolitischen Arbeit der VDFP kurz Stellung zu nehmen (siehe auch unter „Mitteilungen des Hauptvorstandes“, Seite 1). Karl Fischer wünschte dem letzten Teil und Höhepunkt des Tages einen guten Verlauf und allen noch viel Freude für die nächsten Stunden.

Nun hieß es „Bühne frei“ für Musik, Humor und Zauberei. Die bekannten Künstler von Rundfunk und Fernsehen Willy Sailer mit Ruth Mönch, Tino und Mara sowie das Eugen-Nuding-Quartett sorgten abwechselnd für gute Laune.

Willy Sailer verstand es sofort, sein Publikum zu nehmen. Seine Späße lösten ganze Lachsalven aus und was er auf musikalische Weise allein oder zusammen mit Ruth Mönch an „schwäbischer Kost“ darbot, fand den ungeheilten Beifall bei Gästen und Einheimischen.

Mit ihrer Taubenwunder-Illusionsschau wußten auch Tino und Mara zu begeistern. Wie groß müssen die Taschen und wie weit die Ärmel von Tinos Frack gewesen sein, um so viel Tauben, einen Papagei und ein Kaninchen daraus „hervorzuzaubern“. Mit langanhaltendem Applaus belohnte das Publikum die gekonnten Darbietungen.

Eugen Nuding und seine Rhythmiker hatten den bunten Reigen des Nachmittags eröffnet und zu den Auftritten ihrer Künstlerkollegen den musikalischen Rahmen geliefert. Was diese attraktive Band bekannter Instrumentalisten zum Abschluß der Veranstaltung zu bieten

hatte, war großartig. Ob Polka, Wiener Walzer, Tango, Rumba oder Cha-Cha-Cha, jeder der tanzen konnte und wollte, kam auf seine Kosten. Leider vergingen dabei die Stunden wie im Flug und so hieß es auch an diesem Tage viel zu früh Abschied voneinander zu nehmen. Die 1. Vorsitzenden Albert Kuhn (Neustadt/Weinstraße) und Richard Neusius (Saarbrücken) überreichten Johann Pletschacher Erinnerungsgeschenke und sprachen der Bezirksvereinigung Stuttgart ihren Dank für die gelungene Veranstaltung aus. Mit den Worten: „Auf Wiedersehen 1974 in Saarbrücken“, verabschiedete sich Richard Neusius und lud damit zum dritten gemeinsamen Treffen der VDFP-Bezirke Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken und Stuttgart ein.

### Willy Hiller zum 50jährigen Dienst- jubiläum



Unser Jubilar wurde am 24. Dezember 1907 in Stuttgart-Bad Cannstatt geboren. Am 1. Mai 1922 trat er bei der Telegraphen-Werkstätte der Reichspostdirektion Stuttgart als Feinmechaniker-Lehrling in den Dienst der Deutschen Reichspost ein. Nachdem er im November 1932 die Laufbahnprüfung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst abgelegt hatte, war er zunächst im Amtsbau tätig und wurde im Juli 1937 zur Verstärkerstelle beim Fernsprechamt Stuttgart versetzt.

Im Jahre 1938 wurde Willy Hiller zum TWf ernannt. Seit 1940 ist er der Telegrafie verbunden. Einem kurzen Einsatz bei UT/WT folgte der Aufbau und die Übernahme des „TW-Amtes“ Stuttgart sowie seine Beförderung zum TWM im Jahre 1944. Als nach Kriegsende die TxEVSt wie so viele technische Einrichtungen zerstört war, erforderte der Wiederaufbau und der spätere Ausbau zur TxZVSt Stuttgart (1951/52) den Einsatz seiner ganzen Person. Daneben vermittelt er seit vielen Jahren seinen jüngeren Kollegen das notwendige Wissen für ihren weiteren Berufsweg. Er darf sich daher uneingeschränkter Achtung und Wertschätzung bei Vorgesetzten und Kollegen erfreuen.

Im weiteren Verlauf seines dienstlichen Werdegangs wurde Willy Hiller 1956 zum TOWM, 1958 zum TFHS befördert und erreichte 1967 als TFBetrI die Spitzenstellung unserer Laufbahn. Als im vergangenen Jahr das BPM zur Schwerpunktprüfung für die nächsthöhere Laufbahn aufrief, war auch er, obwohl bereits im 64. Lebensjahr stehend, mit dabei. Am 1. Oktober 1971 wurde er zum TFI ernannt und am 1. März 1972 zum TFOI befördert.

Bei der Gründung der Bezirksvereinigung Stuttgart im Jahre 1958 war der Jubilar ein Mann der ersten Stunde. Bis 1962 als 1. Kassierer im Bezirksvorstand tätig, war er maßgeblich am Aufbau der VDFP beteiligt. Dafür sind ihm seine Kollegen zu Dank verpflichtet. Wir gratulieren unserem Willy Hiller auch an dieser Stelle zu seinem Ehrentage recht herzlich und wünschen ihm weiterhin alles Gute.

Der Bezirksvorstand Stuttgart

## Der Leser hat das Wort

Werte Kollegen!

Mit Interesse habe ich die in den „VDFP-Nachrichten“ veröffentlichten Diskussionsbeiträge der Bezirksvorstände Hamburg (Nr. 3/71) und Rhein-Ruhr (Nr. 4/71) zum „Neuen Unterhaltungsverfahren UFe“ gelesen. Da ich selbst als technische Aufsicht in einem FeUBz tätig bin, kann ich den in diesen Artikeln getroffenen Feststellungen und Befürchtungen nur vollinhaltlich zustimmen.

Nach eingehendem Studium der im Literaturhinweis genannten Artikel des Herrn H. vom FTZ Darmstadt, bin ich noch zu einer weiteren Feststellung gekommen. So ist bei Herrn H. unter anderem von einem *personalintensiven* Fernsprech-Unterhaltungsdienst die Rede, der unbedingt nach *wirtschaftlichen* Gesichtspunkten umfunktioniert werden muß.

Wer jedoch *personalintensiv* sagt und *Wirtschaftlichkeit* will, muß diese Behauptung entweder durch entsprechende Argumentation oder zumindest durch Zahlenmaterial beweisen. Diesen Beweis hat Herr H. leider nicht erbracht, so daß sich für den Leserkreis der Zeitschriften *ZPF*, *Fernmeldepraxis* und *Unterrichtsblätter*, zu dem ja bekanntlich auch die Öffentlichkeit gehört, ein völlig falsches Bild des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes (UFe) ergibt. Bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für den UFe-Sektor hätte auch Herr H. zu dem Schluß kommen müssen, daß es kaum etwas wirtschaftlicheres als den Fernsprech-Unterhaltungsdienst der Deutschen Bundespost gibt.

Zum Beweis dieser Wirtschaftlichkeit soll nachfolgend der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes an der Ware *Fernsprechen* ermittelt und damit gleichzeitig einem Vergleich zur *freien Wirtschaft* unterzogen werden. Das Zahlenmaterial stammt jeweils aus dem Rj. 1970.

**Personalkosten** (Personenstandsverhältnisse und Dienstaltersstufen sind weitestgehend berücksichtigt):

BesGr	Planstellen	Jahresbezüge
A 9	237	4,9 Mio DM
A 8	1258	24,0 Mio DM
A 7	2350	39,4 Mio DM
A 5/6	4176	51,6 Mio DM
		<hr/> 119,9 Mio DM

Berücksichtigt man noch die Jahresbezüge der Unterhaltungsbeamten Ü/Fu, alle Entschädigungen und besonderen Vergütungen sowie die Weihnachtszuwendungen (im Jahre 1970 noch 50 vH der Monatsbezüge) so können den weiteren Berechnungen rund 200 Mio DM zugrunde gelegt werden.

Den Personalkosten des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes stehen Einnahmen aus Gesprächsgebühren gegen-

über, die den statistischen Angaben *Jahresbericht der DBP 1970 (ZPF Nr. 16/1971)* entnommen sind.

### Gebühreneinnahmen:

Ortsgespräche 6 878,1 Mio = 1 238 Mio DM  
(zu je —,18 DM)

Ferngespräche

Inland (zu je 1,— DM\*) 3 277,0 Mio = 3 277 Mio DM

Ausland (zu je 5,— DM\*) 60,8 Mio = 304 Mio DM

\*) Beträge geschätzt. 4 819 Mio DM

Somit betragen die Anteile der Personalkosten des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes (rund 200 Mio DM) am Umsatz der Ware *Fernsprechen* (rund 4 800 Mio DM) etwa 4,2 vH. Geringe Rundungsabweichungen sind möglich, jedoch verändern sie den Stellenwert des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes nicht wesentlich.

Folgende Statistik zeigt die Rangordnung des Fernsprech-Unterhaltungsdienstes auf, bezogen auf die vH-Anteile von Löhnen und Gehältern am Umsatz maßgeblicher Industriezweige im ersten Halbjahr 1970. Die angeführten Werte stammen aus der Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Quelle“ vom Januar 1971.

Steinkohlenbergbau	49
Feinmechanik, Optik	36
Maschinenbau	31
Elektrotechnik	30
Steine und Erden	28
Eisen-, Blech- und Metallwaren	26
Kunststoffverarbeitung	24
Straßenfahrzeugbau	23
Eisen und Stahl	18
Chemie	17
NE-Metallindustrie	14
Ernährungsindustrie	11
<b>Fernsprech-Unterhaltung</b>	<b>4,2</b>
Mineralölverarbeitung	3,8
Zigerattenindustrie	2,5

Spätestens hier dürfte für jeden Statistiker leicht erkennbar sein, daß der Fernsprech-Unterhaltungsdienst einer der lukrativsten Dienstzweige der Deutschen Bundespost ist.

Wenn jedoch beim Fernmeldedienst allgemein von *personalintensiv* die Rede ist, so kann damit doch nur die Fernmeldeverwaltung gemeint sein. Frei nach *Parkinson* bläht sich der im Volksmund „Wasserkopf“ genannte Verwaltungsapparat derart auf, daß der Zeitpunkt abzusehen ist, an dem er nur noch Selbstzweck sein wird. Doch an der Fernmeldeverwaltung wird wohl niemand den Hebel ansetzen wollen, denn es könnte zweifelsohne passieren, daß irgendein Wirtschaftlichkeitsfanatiker sich seinen eigenen Dienstposten wegrationalisiert.

Es soll übrigens einmal einen Verwaltungsbeamten gegeben haben, der in einem von ihm eingereichten Verbesserungsvorschlag den ihm übertragenen Dienstposten für inhaltslos erklärte. Dieser einfallsreiche Beamte ist aber nicht etwa entlassen worden. Nein, ganz im Gegenteil: er wurde wegen außergewöhnlicher Leistungen befördert.

Mit kollegialen Grüßen

H.-G. aus E.

(Name und Anschrift des Verfassers sind der Redaktion bekannt.)



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 4 / 1972

Juli - September

7. Jahrgang

## VDFP-Hauptvorstand zu Gesprächen in Bonn

**Zwischen Vertretern des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen einerseits und der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post andererseits fand am 14. Juli 1972 in Bonn eine Besprechung über die Neuordnung der technischen Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost statt.**

Im wesentlichen bezog sich das Gespräch auf die Technikerlaufbahn, die natürlich nur im Rahmen einer Neuschneidung des gesamten Besoldungsgefüges aller technischen Laufbahnen gesehen und gestaltet werden kann. Aber gerade dieser Umstand macht die Lösung der Probleme besonders schwierig, denn das Einfügen einer neuen Laufbahn zwischen BfT- und Cft-Dienst bringt unmittelbare Veränderungen in den Beschaffenheiten der angrenzenden Laufbahnen mit sich, die sich in der Zuordnung neuer Besoldungsgruppenbereiche für die einzelnen Laufbahnen ausdrücken müssen. Vermutlich muß sogar mit mittelbaren Auswirkungen auf andere Laufbahnen der Deutschen Bundespost gerechnet werden, so daß bei der Neuordnung der technischen Laufbahnen mit Sicherheit große Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Der Besprechung in Bonn werden weitere Gespräche folgen, da bei dem Umfang des Fragenkomplexes Detailfragen nicht erörtert werden konnten. So wurde zunächst der Standpunkt der VDFP zur Schaffung einer Technikerlaufbahn dargelegt, der durch die Publikation der VDFP hinreichend bekannt ist. Vor allem in zwei Punkten hat das BPM den Forderungen der VDFP widersprochen und ist der Meinung:

**Nicht alle Tätigkeiten im BfT-Dienst sind Techniker-tätigkeiten.**

**Die Ausbildung der BfT-Beamten kann mit einer Techniker-ausbildung nicht verglichen werden.**

Die Ausbildung der BfT-Beamten sei unbestritten hochwertig, doch — weil auf den Bereich der Deutschen Bundespost zugeschnitten —, im Vergleich mit der Ausbildung an staatlichen Technikerschulen weder gleich noch gleichwertig.

Zwar ist die Meinung des BPM zu diesen beiden Punkten nicht ohne weiteres zu widerlegen, jedoch ist es zumindest fraglich, ob nun gerade die Beamten der BfT-Laufbahn hierfür verantwortlich zu machen sind. Sie

haben weder auf den Wert ihrer Ausbildung noch auf die Zuordnung von Tätigkeiten zu ihrer Laufbahn Einfluß.

Obwohl die VDFP seit vielen Jahren eine bessere, moderne und zeitlich längere Ausbildung fordert, mußten die BfT-Beamten ihre Kenntnisse, die sie heute in den Stand versetzen, Technikertätigkeiten zu verrichten, in Selbststudium und privater Weiterbildung erwerben. Von keiner anderen Laufbahn der Deutschen Bundespost wird ein so großes Maß an privater Weiterbildung erwartet und gefordert wie vom BfT-Dienst, bedingt durch die rasante Weiterentwicklung im technischen Bereich. Zu dem hohen Leistungsstand der BfT-Laufbahn hat die Deutsche Bundespost auf dienstlichem Wege in der Vergangenheit wenig beigetragen, denn die laufbahnbedingte Ausbildung ist insbesondere für die Wahrnehmung von Tätigkeiten in den Beförderungs-Besoldungsgruppen völlig unzureichend. Allerdings sind die in der Vergangenheit aufgekommene Tatbestände nun rückwirkend nicht mehr zu beseitigen. Wir haben uns mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen.

Der eingangs in zwei Punkten erwähnte Widerspruch des BPM kann nur bei der Neuschaffung einer von der VDFP seit Jahren geforderten Technikerlaufbahn beseitigt werden.

**Die neue Technikerlaufbahn muß eine Einstiegslaufbahn werden.**

Mit dieser Feststellung sind die VDFP und das BPM einer Meinung.

**Die Ausbildung muß eine vollwertige Techniker-ausbildung sein mit öffentlich rechtlicher Anerkennung.**

Hierzu konnte nur insoweit Einigung erreicht werden, daß die Ausbildung schwierig werden wird. Zur öffentlich rechtlichen Anerkennung der Abschlußprüfung gab das BPM keine Zusage.

**Die Zuordnung von Tätigkeiten zur Technikerlaufbahn muß unter den vorangehenden Gesichtspunkten erfolgen.**

Die horizontale und vertikale Aufteilung der Laufbahnen ist seit langem im Gespräch und schon fast abgeschlossen.

**Das BPM bestreitet nicht — und das ist an dieser Stelle besonders hervorzuheben —, daß ein mehr oder weniger großer Teil der Bft-Beamten Technikertätigkeiten ausübt. Es gilt daher zunächst einmal festzustellen, wieviel Bft-Beamte mit Technikertätigkeiten betraut sind und wieviel Dienstposten die neue Technikerlaufbahn beinhalten soll.**

Die Vertreter der VDFP haben im Verlauf der Besprechung dem BPM eine Aufstellung überreicht, die den Umfang der Tätigkeiten der Technikerlaufbahn umreißt.

**Die untere Tätigkeitsgrenze der Laufbahn ist das Entstehen mittlerer und größerer Nebenstellenanlagen oder vergleichbare Tätigkeiten.**

**Die obere Grenze der Laufbahn ist der Sachbearbeiter bzw. Meßbeamte oder vergleichbare Tätigkeiten.**

**Ebenso wie im Cft- und Bft-Dienst muß für die Technikerlaufbahn eine sachbezogene Bewertung eingeführt werden, damit die völlig ungerechte Schlüsselbewertung endlich wegfällt.**

Die VDFP erwartet aber auch, daß die Technikerlaufbahn mit mehr eigener Entscheidungsbefugnis ausgestattet wird als dies bisher für den Bft-Dienst der Fall ist. Verantwortungsträger im Sinne längst vergangener Zeiten braucht das Personal dieser Laufbahn nicht mehr.

Über die Beschaffenheit der neuen Laufbahn ist man sich im klaren. Um zu verhindern, daß andere Laufbahnen ohne entsprechende Anforderungsmerkmale gleiches oder ähnliches nachvollziehen, müssen harte Bedingungen gestellt und erfüllt werden. Die größeren Schwierigkeiten liegen vielmehr darin, wie man die heutigen Bft-Beamten, abhängig von der Anzahl der Dienstposten, in die neue Laufbahn übernehmen kann. Die VDFP hat einen Schlüssel von 1 : 3 : 9 vorgeschlagen. Ausgehend von den zur Zeit vorhandenen etwa 7 000 Ingenieuren ergibt das 21 000 Techniker und 63 000 Facharbeiter bzw. Meister (künftig neuer Bft-Dienst). Diese Zahlen entsprechen im großen und ganzen den Personalbedarfsberechnungen für das Jahr 1980. Demgegenüber schlägt das BPM einen Schlüssel von nur 1 : 2 : 4 (7 000 : 14 000 : 28 000 Kräfte) vor. Bei den angenommenen 14 000 Dienstposten für die Technikerlaufbahn ist zu berücksichtigen, daß aufgrund der horizontalen Verlagerung von Tätigkeiten etwa 3 000 bis 4 000 Dienstposten vom Cft-Dienst der Technikerlaufbahn zugewiesen werden, deren Tätigkeiten der Bft-Dienst bisher nicht wahrnimmt.

Zwar ist man an maßgebender Stelle zur Zeit nicht in der Lage, genaue Zahlen zu nennen. Die entsprechenden Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen und in Bezug auf die Personalbedarfsentwicklung bis 1974/75 ist man vorab auf Vermutungen angewiesen. Wenn man jedoch die aufgeführten Zahlen hypothetisch aufschlüsselt, werden dem bisherigen Bft-Dienst in der Technikerlaufbahn etwa 9 000 bis 10 000 Dienstposten zur Verfügung stehen, zumal das BPM zunächst nur den Beamten der Besoldungsgruppen A 8 und A 9 unterstellt, daß sie Technikertätigkeiten ausüben.

Außerdem ist man im Ministerium mehr oder weniger der Ansicht, daß von allen Kräften, die in die Technikerlaufbahn übernommen werden wollen, eine erneute Prü-

fung abzulegen sei. Dagegen vertritt die VDFP den Standpunkt, daß das Tätigkeitsfeld der neuen Laufbahn schon seit langem vorhanden ist. Es kann sich daher nur um das längst fällige Nachvollziehen einer neuen Laufbahnordnung und das gerechte Zuordnen von Tätigkeiten zu bestimmten Laufbahnen handeln.

Der nun vorliegende Tatbestand ist keineswegs neu, sondern er hat sich in den letzten 20 Jahren durch die erheblich geänderten Anforderungen an die technischen Dienste kontinuierlich selbst gebildet. Gerade der in der Vergangenheit geschaffene Tatbestand, die Wahrnehmung von Technikertätigkeiten durch Bft-Beamte, wird diesem Personenkreis die Übernahme in die neue Laufbahn sichern. Denn auch bei anderen Verwaltungen ist anlässlich von Neuordnungen immer der Personenkreis prüfungslos übernommen worden, dessen Tätigkeiten einer neuen Laufbahn zugeschlagen wurden. Was für die einen recht ist, muß für die anderen billig sein.

Im Jahre 1960 hat die VDFP als erste Laufbahnvertretung eine Technikerlaufbahn gefordert. Dieser Zeitpunkt wäre für eine Neuschneidung der Laufbahnen weitaus günstiger gewesen. Doch die Reformen der Deutschen Bundespost hinken den realen Tatbeständen stets hinterher. Die erforderlichen Entscheidungen werden zu meist unter erheblichem Zeitdruck getroffen und beinhalten unwillkürlich neue Ungerechtigkeiten und Komplikationen für die Betroffenen. Und noch immer wissen die längst überfällige, alte Beamtenhierarchie und der träge reagierende Beamtenapparat das Begehen moderner Wege bei notwendigen Reformen erfolgreich zu verhindern.

Nach dem Stand der Dinge ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die neue Laufbahn vor den Jahren 1974/75 eingeführt wird. Spätestens zu Anfang des kommenden Jahres wird das BPM seine Vorstellungen dem Bundesinnenministerium unterbreiten. Erst dann werden die Beratungen auf politischer Ebene beginnen und die VDFP wird in dieser Situation nichts unversucht lassen, um Verbesserungen zu erreichen.

**Abschließend kann eines mit Sicherheit gesagt werden: Kommt diese neue Laufbahnregelung durch Widerstände der einen oder anderen Seite jetzt nicht zustande, wird eine Lösung angestrebt werden, welche die berechtigten Forderungen und die Vorstellungen der Beamten in den technischen Laufbahnen der Deutschen Bundespost keineswegs erfüllt. Sie müssen dann unweigerlich einer erneut ungerechten Gleichmacherei zum Opfer fallen. Von der Neuschaffung einer Technikerlaufbahn ist dann allerdings in den nächsten 20 Jahren mit niemandem mehr zu reden. Laufbahnneuordnungen solchen Ausmaßes finden nicht alle Jahre statt.**

**Die VDFP strebt gerade um unserer jungen Kollegen willen keine Teilerfolgslösungen an. Unser vordringlichstes Ziel ist es, daß die Technikerlaufbahn, wenn auch mit Schwierigkeiten verbunden, geschaffen wird. Wir werden auch weiterhin in allen Laufbahnfragen verantwortungsbewußt handeln und erwarten daher, daß sich jeder einzelne Kollege der Tragweite der nunmehr zur Entscheidung anstehenden Fragen voll und ganz bewußt ist.**

Der Hauptvorstand

## Wichtige Termine!

Vom 29. 11. bis 1. 12. 1972 findet in Frankfurt a. M. der VDFP-Bundesdelegiertentag statt. Der Hauptvorstand wird die Bezirksvorstände demnächst auffordern, ihre Delegierten zu benennen.

Die Bezirksvereinigung Stuttgart hält am 18. 11. 1972 im Vereinsheim des Turnerbundes Bad Cannstatt ihre Jahreshauptversammlung ab.

Die Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Hamburg findet am 26. 10. 1972 statt.

## Arbeitstagung der Bezirksvorsitzenden

Am 29. September 1972 fand in Bendorf (Rhein) eine weitere Arbeitstagung der Bezirksvorsitzenden statt, die der Bezirksvorstand Rheinland ausgerichtet hatte. Bei einem Empfang im Rathaus wurden die Tagungsteilnehmer vom Bürgermeister Karl Schön in der Stadt Bendorf herzlich willkommen geheißen.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen zur Neuordnung der Laufbahnen. Dabei galt es vor allem, für die jetzigen BfT-Beamten eine gerechte Übergangslösung bei der Einführung einer Technikerlaufbahn zu finden. Ein von den Bezirksvorsitzenden erarbeiteter Vorschlag wird demnächst den Bezirksvereinigungen und dem VDFP-Bundesdelegiertentag 1972 zur Diskussion und Beschlußfassung zugeleitet.

## Aus den Bezirken

### HAMBURG

Für uns alle völlig unerwartet ist am 30. Juli 1972 unser Mitglied Walter Tänzer im Alter von 65 Jahren verstorben.

Zuletzt als TFBetrI beim FA 3 Hamburg beschäftigt, war Walter Tänzer erst zu Anfang dieses Jahres und bei bester Gesundheit in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Bezirksvorstand Hamburg

### RHEINLAND

#### Erste Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Rheinland

Eine unerwartet große Teilnehmerzahl zeichnete die erste Jahreshauptversammlung der Fernmelde- und Posttechniker des VDFP-Bezirktes Rheinland im „Haus der Begegnung“ zu Koblenz aus.

Der 1. Vorsitzende Andreas Damian gab einen Überblick über die einjährige Arbeit des Bezirksvorstandes seit Bestehen der Bezirksvereinigung Rheinland. Wie vorauszusehen, so betonte Damian, sei dabei die bevorstehende Neuordnung der Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost, insbesondere der des mittleren technischen Dienstes, im Vordergrund gestanden. Außerdem habe sich der Bezirksvorstand, wie alle übrigen Bezirksvorstände im Bundesgebiet bei ihren zuständigen Kultus-

ministerien, beim Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz in Schreiben und Gesprächen für die Anerkennung der Ausbildung im BfT-Dienst als Techniker Ausbildung eingesetzt.

Dipl.-Ing. Kahlert vom Referat für Personalwirtschaft bei der OPD Koblenz sprach zum Thema „Personalsituation des technischen Dienstes“. Die Deutsche Bundespost sei heute das größte Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, größer als die Unternehmen Siemens AG und Volkswagenwerk. Mit dem angestrebten Ziel dieses großen Unternehmens, den rapide anwachsenden Bedarf an Fernsprechhauptanschlüssen zu befriedigen, falle der Personalbedarfsplanung für die kommenden Jahre besondere Bedeutung zu. Vor allem auch deshalb, weil bei der ständig angespannten Marktlage der Personalfehlbestand im Jahre 1971 bereits bei 14 vH im Fernmeldebereich, jedoch bei 20 vH im mittleren technischen Dienst gelegen habe. Bei weiteren größeren Personaleinsparungen sei eine wesentliche Verminderung der Betriebsgüte unvermeidlich, weil durch den vermehrten Einsatz hochwertiger technischer Einrichtungen — trotz umfangreicher Rationalisierungsmaßnahmen — der Personalbedarf im technischen Dienst der Deutschen Bundespost weiter ansteigen werde.

Der Vizepräsident der OPD Koblenz, Dr. Scharrer, bekannte sich in seiner kurzen Ansprache an die Veranstaltungsteilnehmer zu mehr Besonnenheit und Wachsamkeit im Berufsleben. Die Reformen und Modellvorstellungen in allen Laufbahnen und Fachbereichen seien erforderlich, um die Deutsche Bundespost zu einem rentablen Unternehmen zu gestalten. Mit dem Argument Gewalt könne man die anstehenden Probleme jedoch nicht lösen. Die Zeit sei der Faktor, den wir unserer Freiheit schulden, denn was eine kleine Gruppe mit dem Argument Gewalt anzurichten imstande sei, hätte das Geschehen früherer Jahre hinreichend bewiesen. Abschließend rief Dr. Scharrer dazu auf, durch persönlichen Einsatz und durch Weiterbildung stets auf dem laufenden zu bleiben, dann würde er als Sachwalter der OPD immer für die Lösung personeller Probleme eintreten.

Ein Referat von Bernd-Peter Reimann (Frankfurt a. M.) über die Arbeit des VDFP-Hauptvorstandes in den vergangenen Jahren, rundete die Jahreshauptversammlung ab. Zum Abschluß seiner Ausführungen appellierte er an die Techniker des mittleren Dienstes, sich ihres verantwortungsvollen Wirkens bei der Deutschen Bundespost stets bewußt zu sein. Von der Technik des alten Hebdrehwählers bis zum heutigen Stand der modernen Elektronik hätten sie ohne Aufsehen ihren Mann gestanden und somit wesentlich zum Aufschwung der Technik beigetragen. Die Deutsche Bundespost könne daher sicher sein, daß die Beamten des mittleren technischen Dienstes auch die künftig auf sie zukommenden Techniken in gleicher Weise meistern werden.

Der Bezirksvorstand Rheinland

## Nächster Redaktionsschluß: 4. 12. 1972!

Die Postanschrift des VDFP-Hauptvorstandes und der Bezirksvereinigung Hessen lautet ab sofort

6000 Frankfurt a. M. 1

Postfach 45 24

Wir bitten um Beachtung.

Die Redaktion

**RHEIN-RUHR****Ergebnis einer Umfrage zur Laufbahneuordnung**

Im Rahmen einer umfangreichen Befragung wurden die BfT-Kollegen im VDFP-Bezirk Rhein-Ruhr zur Stellungnahme aufgefordert, welche Übergangslösung für das vorhandene BfT-Personal bei einer Laufbahneuordnung zu fordern ist.

**737 Kollegen entschieden sich für eine prüfungslose Überführung aller jetzigen BfT-Kräfte in die neue Technikerlaufbahn. Neun Kollegen sprachen sich dagegen aus. Der Bezirksvorstand Rhein-Ruhr wird sich weiterhin mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß die von 737 Kollegen geforderte Übergangslösung realisiert wird.**

**Diskussion über den Vorschlag des BPM zur Laufbahneuordnung.**

In den Gremien der Verwaltung und der Berufsverbände ist nach wie vor eine Neuordnung der Laufbahnen im Gespräch. Ein im BPM erarbeitetes Laufbahnmodell ist vor einiger Zeit den Berufsverbänden als Vorschlag zugeleitet worden. Dieses Laufbahnmodell entstand aus dem Grundgedanken, den vor allem im BfT-Dienst immer bedrohlicher werdenden Personalfehlbestand abzubauen. Eine Neugestaltung der Laufbahnen ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn für das bereits vorhandene Personal eine gerechte Übergangslösung gefunden wird. Und dies muß das Ziel aller Berufsverbände sein.

In ihrem Vorschlag sieht die Verwaltung an technischen Beamtenlaufbahnen vor:

<b>Ingenieurlaufbahn (CfT)</b>	<b>BesGr A 11 bis A 14</b>
<b>Technikerlaufbahn (BfT II)</b>	<b>BesGr A 8 bis A 10</b> (evtl. später bis A 11)
<b>Meisterlaufbahn (BfT I)</b>	<b>BesGr A 6 bis A 9</b>

Die jetzige Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes soll demzufolge in eine Meisterlaufbahn (BfT I) und in eine Technikerlaufbahn (BfT II) aufgeteilt werden. Außerdem sind folgende vier Fachbereiche vorgesehen:

- „L (Linientechnik)
- V (Fernsprechvermittlungstechnik)
- Da (Datentechnik)
- U (Übertragungstechnik)

Der bisherige Fachbereich E wird zu einem Teil dem Tariffbereich, zum anderen Teil dem Fachbereich V der BfT-Laufbahnen zugeordnet; die bisherigen Fachbereiche T und Fu werden in die Fachbereiche Da bzw. U integriert.“

Nach den Vorstellungen der Verwaltung ist für den Einstieg in die Technikerlaufbahn (BfT II) eine einschlägige Techniker Ausbildung und eine kurze postspezifische Zusatzausbildung erforderlich. Folgende besondere Übergangslösungen werden vorgeschlagen:

„Noch vorhandene AfT-Beamte und Fernmeldehandwerker, die für einen Einstieg in die jetzige BfT-Laufbahn endgültig abgelehnt worden sind, können sich für den Einstieg in die Meisterlaufbahn bewerben.“

„Die jetzigen BfT-Beamten übernehmen grundsätzlich die Aufgaben der künftigen Meisterlaufbahn. Ihnen

sind jedoch sogleich die Möglichkeiten zum Überwechseln in die Technikerlaufbahn anzubieten.“

„Die jetzigen CfT-Beamten werden in die neue Ingenieurlaufbahn übernommen.“

Dem aufmerksamen Leser dürfte nicht entgangen sein, daß sich nach den Vorstellungen der Verwaltung für die derzeitigen BfT-Kräfte im wesentlichen nichts ändern wird. Demgegenüber ist es als selbstverständlich hinzunehmen, daß die vorhandenen CfT-Kräfte in die neue Ingenieurlaufbahn übernommen werden, und daß für die AfT-Kräfte bzw. FHandw, die bisher keinen Eignungsnachweis für den BfT-Dienst erbringen konnten, die künftige Meisterlaufbahn geöffnet wird.

**Eine solche Lösung kann doch weder das Ziel der Verwaltung noch der Berufsverbände sein!**

Der mittlere fernmeldetechnische Dienst ist seit Jahren das Stiefkind der Verwaltung. Die besonders bedrohliche Personalsituation verdeutlicht Tag für Tag immer mehr die „Attraktivität“ des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes. Wenn das größte und modernste Fernmelde-netz Europas dennoch reibungslos funktioniert, dann ist dies nur dem Pflichtbewußtsein und dem Aufopferungsvermögen der 23 000 vorhandenen BfT-Kräfte zu verdanken. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß den BfT-Kräften die Unterhaltung der verschiedensten Techniken des Fernmeldewesens bei der Deutschen Bundespost obliegt. Im Tätigkeitsfeld des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes gibt es somit einen großen Bereich, der dem Berufsbild des staatlich geprüften Technikers gleichzusetzen ist.

**Der BfT-Beamte ist der Fernmelde-Techniker der Deutschen Bundespost!**

Für alle jetzigen BfT-Beamten fordern wir eine wertebengerechte Einstufung ihrer Tätigkeit, gleichbedeutend mit einer prüfungslosen Überführung in die Technikerlaufbahn. Gewiß, ein neues Laufbahnmodell muß sich, um existenzfähig zu sein, den Gegebenheiten des marktwirtschaftlichen Denkens und den Bildungsbestrebungen der Bundesregierung unterwerfen. Es muß aber auch das Ziel der Berufsverbände sein, daß bei einer Neuordnung der Laufbahnen die Zeche nicht von den vorhandenen BfT-Kräften bezahlt wird.

Der Bezirksvorstand Rhein-Ruhr

**SAARBRÜCKEN**

Am 7. September 1972 diskutierten 45 Posttechniker mit dem VDFP-Bezirksvorsitzenden Richard Neusius und dem Bezirksvorstandsmitglied Franz-Rudolf Willie über die Probleme in den technischen Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost.

Noch während der Veranstaltung erklärten die anwesenden BfT-Kollegen, das sind etwa 90 vH aller im OPD-Bezirk Saarbrücken beschäftigten Kräfte des mittleren posttechnischen Dienstes, geschlossen ihren Beitritt zur VDFP. Der Bezirksvorstand Saarbrücken



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 5-6 / 1972

Oktober - Dezember

7. Jahrgang

## VDFP-Bundesdelegiertentag 1972

Bericht von Adolf Weidle, BV Stuttgart



Der VDFP-Delegiertentag 1972 fand am 29./30. 11. und 1. 12. 1972 im „Haus Ronneburg“ zu Frankfurt am Main statt.

Als Ehrengäste waren am Eröffnungstage folgende Herren anwesend:

Dipl.-Ing. Staab, Präsident der OPD Frankfurt a. M.;  
Dipl.-Ing. Maul, Präsident des FTZ Darmstadt; Dipl.-  
Ing. Eisenhut, Hauptabteilungs-Präsident beim FTZ;

MinR Hertle vom BPM, als Hauptreferent des Tages;  
Dipl.-Ing. Wartmann, AV des FA 2 Frankfurt a. M.;  
Dipl.-Ing. Schollmeyer, AV des FA 3 Frankfurt a. M.;  
Dipl.-Ing. Sander, AV des FA 4 Frankfurt a. M.; Dipl.-  
Ing. Kufert, AV des TA Frankfurt a. M.; Dipl.-Ing.  
Festerling, AV des FA Taunus; Dipl.-Ing. Schmitt, AV-  
Vertreter des FA 1 Frankfurt a. M.; Ing. grad. Emmerich  
vom VDPI und Georg Konradi vom DPG-Hauptvor-  
stand.

### Grußwort des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Den Teilnehmern am Bundesdelegiertentag 1972 der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post in Frankfurt am Main entbiete ich die besten Grüße.

Dieser Anlaß gibt mir Gelegenheit, Ihnen für Ihre Mitarbeit zu danken. Die Beamten des mittleren technischen Dienstes haben ihren Teil dazu beigetragen, die stets steigenden Verkehrsleistungen der Deutschen Bundespost zu bewältigen. Die Personalprobleme im technischen Dienst sind mir sehr gut bekannt. Ich erkenne deshalb ganz besonders an, welche hervorragenden Leistungen auf allen Gebieten erbracht worden sind.

Die fortschreitende Automatisierung und Technisierung der Betriebsmittel werden auch in Zukunft in steigendem

Maße Kräfte erfordern, die den hohen Anforderungen der Technik gewachsen und bereit sind, an den großen Zukunftsaufgaben der Deutschen Bundespost mitzuarbeiten. Der Neugestaltung der Laufbahnen des technischen Dienstes und der Gewinnung von gut qualifizierten Nachwuchskräften kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.

Ich hoffe, daß die Tätigkeit der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post auch weiterhin dazu beitragen wird, die Interessen der Verwaltung und des Personals miteinander in Einklang zu bringen. In diesem Sinne wünsche ich der Tagung einen harmonischen Verlauf und guten Erfolg.

Dr. Lauritz Lauritzen



**Karl Fischer,  
VDFP-Bundes-  
vorsitzender**

Von den technischen Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost ist die des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes die älteste, denn sie kann auf ein fast 100jähriges Bestehen zurückblicken. Wenn man sich aber einmal die Mühe macht und den Werdegang der BfT-Laufbahn zurückverfolgt, dann muß man feststellen, daß es gerade die Bediensteten dieser Laufbahn waren, die sich schon immer in Berufsgruppenvertretungen vereinigten, um ihre eigenen Berufsinteressen besser vertreten zu können. In den 20iger Jahren bestand der Reichsbund der Telegraphenwerkmeister und zuvor gab es ähnliche Zusammenschlüsse.

Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. ist kein Neuling unter den Berufsgruppenvertretungen. Bereits im Jahre 1949 wurden die ersten regionalen Vereinigungen gegründet, die sich im März 1957 zur VDFP auf Bundesebene konstituierten. Die Gründung der VDFP resultierte aus der Notwendigkeit, die gerechten Forderungen des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost gegen die zahlenmäßige Überlegenheit des Postdienstes besser durchsetzen zu können. Daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Wenn dem nicht so wäre, würden sich heute nicht nahezu 100 Delegierte aus allen Teilen der Bundesrepublik hier versammelt haben, um die Probleme ihres Berufsstandes zu erörtern und hierfür gerechte Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die VDFP geht in Fragen des Berufsstandes weiterhin ihren eigenen Weg. Daß dieser Weg bisher nicht ohne Erfolg war, hat die Vergangenheit bewiesen. Die VDFP ist aber jederzeit bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die daran interessiert sind, für den mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost gerechte Verhältnisse herbeizuführen.

Der öffentliche Dienst ist in den letzten Jahren immer mehr in Bewegung geraten. Der Ruf nach Reformen in den öffentlichen Verwaltungen ist unüberhörbar geworden. Er erfordert in Zukunft Maßnahmen, die die Struktur des öffentlichen Dienstes in den nächsten 10 Jahren vermutlich tiefgreifender verändern werden als dies in den vergangenen 20 Jahren der Fall war.

Die Technisierung ist Schrittmacher für Veränderungen der Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur. Wir alle sind heute, mehr denn je, von der Technik abhängig geworden. Das wirkt sich auch in der Bedeutung aus, die denen



**Dipl.-Ing. Staab,  
Präsident der  
OPD Frankfurt a. M.**

zukommt, die in technischen Bereichen tätig sind. Die Neuerungen, die hier anstehen, in die praktische Nutzanwendung umzusetzen und damit den Menschen wirklich dienstbar zu machen, das ist die bedeutsame Aufgabe des Technikers in unserer Zeit, die er für die Allgemeinheit zu erfüllen hat. Diese Aufgabe schlägt sich auch in der beruflichen Stellung, in der Besoldungspolitik und im Ansehen der Laufbahn für die Techniker nieder.

Sie haben sich hier als Mitglieder der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post zu Ihrem Bundesdelegiertentag zusammengefunden. Ich bin davon überzeugt, daß Sie sich der verantwortungsvollen Aufgabe in besonderem Maße bewußt sind, die dem mittleren fernmeldetechnischen Dienst zufällt. Ich hoffe und wünsche, daß Ihnen sowohl von der Öffentlichkeit als auch von Ihrem Dienstherrn die gebührende Anerkennung zuteil wird, die Ihre Leistungen verdienen.



**Dipl.-Ing. Maul,  
Präsident des  
FTZ Darmstadt**

Ich freue mich, daß ich heute bei Ihnen sein kann, denn ich hatte in den 35 Jahren meiner Dienstzeit doch sehr enge Beziehungen zu Ihrer Laufbahn. So durfte ich mich in früheren Jahren häufig in ihrem Kreise aufhalten. Ich konnte sie da und dort mit den Neuerungen der Technik vertraut machen. Aber ich habe Sie auch immer wieder ermahnt, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, um sich in die neue Technik einzugewöhnen.

In den zehn Jahren, in denen ich nun beim FTZ in Darmstadt tätig bin, haben wir uns sehr eifrig mit der modernen Technik beschäftigt. Und nun sind wir so weit, daß wir im Januar nächsten Jahres damit beginnen können,

die ersten elektronischen Ämter zu montieren. In Mannheim wird das erste EDS-Amt und hier in Frankfurt am Main das zweite Amt dieser Art in Betrieb gehen. Wir haben aber gleichermaßen vorbereitet die EWS-Technik und bekommen im nächsten Jahr die ersten Versuchsämter in München, Stuttgart und in Darmstadt beim FTZ. So bleibt zu hoffen, daß wir dann im Jahre 1975 mit dem wirklichen Aufbau beginnen können.

Die Technik der Zukunft erfordert von den meisten von Ihnen ein eminentes Umdenken, aber ich hoffe, daß es sich für Sie lohnen wird. Ich selbst trete in wenigen Wochen in den Ruhestand und ich freue mich ganz besonders darauf. Ich überlasse die moderne Technik gerne meinem Nachfolger. Werden auch Sie damit fertig, das wünsche ich Ihnen. Wer in Zukunft Fleiß und Können mitbringt, der wird gewiß seinen Weg gehen.

## Laufbahnneuordnung im fernmeldetechnischen Dienst

Aus dem Referat von MinR Hertle (BPM)

Die von der Bundesregierung berufene „Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts“ und die „Interministerielle Arbeitsgruppe Dienstrechtsreform“ beim Bundesinnenministerium bemühen sich seit längerem um Pläne für eine Neugestaltung des Laufbahnwesens im gesamten öffentlichen Dienst. Das kann die Deutsche Bundespost aber nicht von ihrer Verpflichtung entbinden, die Voraussetzungen für eine optimale Aufgabenerfüllung in einem Bereich zu schaffen. Unbeschadet der Ergebnisse der genannten Gremien sind wir im BPM dabei, eine Konzeption für eine umfassende Laufbahnneuordnung im Bereich der Deutschen Bundespost zu entwickeln.

Im Hinblick auf die unhaltbaren Personalverhältnisse speziell im technischen Dienst erhielt die Bewertungskommission der Deutschen Bundespost im vergangenen Jahre den Auftrag, die Vor- und Ausbildungsanforderungen der Aft-, Bft- und Cft-Tätigkeiten analytisch zu ermitteln und eine Empfehlung für die Neuabgrenzung der Tätigkeiten im fernmeldetechnischen Dienst zu erarbeiten. Die Bewertungskommission hat ihren Bericht im Februar dieses Jahres vorgelegt. Die Arbeiten wurden von Anfang an als erster Schritt der notwendigen Neuordnung des gesamten Laufbahnwesens angesehen. Deshalb wurde inzwischen wegen der Laufbahnen der übrigen Fachrichtungen ein entsprechender Auftrag an die Bewertungskommission erteilt.

Aufbauend auf den Empfehlungen der Bewertungskommission für die Neuordnung der Tätigkeiten im fernmeldetechnischen Dienst wurde für diese Fachrichtung ein Laufbahnmodell entwickelt und dem für Fragen des Beamtenrechts zuständigen Bundesminister des Innern zugeleitet. Die wesentlichen Charakteristika des Laufbahnmodells für den fernmeldetechnischen Dienst sind folgende:

Ausgangsbasis des Modells ist ein sechsstufiges Schema der in Betracht kommenden Vor- und Ausbildungsgänge, dem die Tätigkeiten zugeordnet werden. Die einzelnen Vor- und Ausbildungsstufen werden mit Kennziffern bezeichnet, und zwar bedeuten

Kennziffer 1 Anleiten;

Kennziffer 2 Anlernausbildung;

Kennziffer 3 Lehrausbildung (abgeschlossene Lehre und zusätzliche berufsbezogene Ausbildung) oder entsprechender Bildungsstand;

Kennziffer 4 Fachoberschulabschluß oder entsprechender Bildungsstand und abgeschlossene Berufsausbildung (Techniker);

Kennziffer 5 Fachhochschulabschluß und Berufseinführung (Ing. grad.);

Kennziffer 6 Hochschulabschluß und Berufseinführung (Dipl.-Ing.).

Auf dieser Grundlage wurden im fernmeldetechnischen Dienst fünf Beschäftigungsbereiche gebildet. Wobei anzumerken ist, daß Tätigkeiten, die nur ein Anleiten erfordern (Kennziffer 1), im fernmeldetechnischen Dienst nicht vorkommen. Im übrigen entsprechen die neu entworfenen Tätigkeitsbereiche den genannten Vor- und Ausbildungsstufen mit der Einschränkung, daß im untersten Tätigkeitsbereich neben Tätigkeiten nach Kennziffer 2 (Anlernausbildung) auch Tätigkeiten vorkommen, die eine Lehrausbildung erfordern. Dieser Bereich — Ft (TB) genannt — soll gänzlich den Beschäftigten im Vertragsverhältnis vorbehalten bleiben.

Folgende fünf Beschäftigungsbereiche, mit Angabe der jeweils dafür gewählten Kurzbezeichnung (Arbeitstitel) und der Funktionsschichten in Beziehung zur gegenwärtig noch gültigen Nachbargruppe, sind im fernmeldetechnischen Dienst vorgesehen:

Tarifbereich Ft (TB) bisheriger Tarifbereich und untere Funktionsschichten des bisherigen einfachen fernmeldetechnischen Dienstes;

Beamtenbereich Ft 3 obere Funktionsschichten des bisherigen einfachen fernmeldetechnischen Dienstes und untere Funktionsschichten des bisherigen mittleren fernmeldetechnischen Dienstes;

Beamtenbereich Ft 4 obere Funktionsschichten des bisherigen mittleren fernmeldetechnischen Dienstes und untere Funktionsschichten des bisherigen gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes;

Beamtenbereich Ft 5 obere Funktionsschichten des bisherigen gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes;

Beamtenbereich Ft 6 Funktionsschichten des bisherigen höheren fernmeldetechnischen Dienstes.

Als vorbildungsmäßige Einstellungsvoraussetzungen für die fünf Beschäftigungsbereiche gelten:

Ft (TB) Ungelernte, Kräfte artfremder Berufe, Fernmeldehandwerker und Handwerker artverwandter Berufe;

Ft 3 Gesellenprüfung im Fernmeldehandwerk oder in einem artverwandten Handwerk;

Ft 4 Technikerzeugnis;

Ft 5 Ingenieurzeugnis;

Ft 6 Ingenieurdiplom.

Diese fünf Ebenen werden durchlässig gestaltet, so daß ein durchgehender Aufstieg möglich ist. Wichtig ist, daß dieses Laufbahnmodell den Kräften mit dem Bildungsabschluß *Techniker* einen geeigneten Betätigungsbereich mit entsprechenden beruflichen Chancen bietet. Es trägt den geänderten Aufgaben des fernmeldetechnischen Dienstes Rechnung und verspricht eine effektive Nachwuchsgewinnung, weil es die Bildungsabschlüsse und die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes berücksichtigt. Es kommt auch den Wünschen des Personals nach adäquaten und attraktiven beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten entgegen.

Was Sie als Interessenvertretung der Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes verständlicherweise am meisten beschäftigt, sind die Fragen nach der besoldungsmäßigen Führung der geplanten neuen Laufbahnen, den beruflichen Aufstiegschancen im geplanten neuen Laufbahnsystem und den Übergangsregelungen für die vorhandenen BfT-Beamten.

Die Deutsche Bundespost tritt dafür ein, daß die neuen Laufbahnen in ihrer besoldungsmäßigen Führung klar gegeneinander abgegrenzt werden, um die Zuordnung von Tätigkeiten zu den Besoldungsgruppen (BesGr) nicht zu erschweren. Weiterhin halten wir es für zwingend erforderlich, daß das Eingangsamts der Laufbahn Ft 3 nicht unterhalb der BesGr A 5 und das Eingangsamts der Laufbahn Ft 5 nicht unterhalb der BesGr A 11 festgelegt werden. Je nachdem, welche Situation künftig im allgemeinen Besoldungsrecht eintritt, zum Beispiel Verzahnung oder Nichtverzahnung der Eingangsamts, sind nun verschiedene Laufbahnführungen denkbar. Eine dieser Möglichkeiten wäre beispielsweise

Ft 3 BesGr A 5 bis A 7

Ft 4 BesGr A 8 bis A 10

Ft 5 BesGr A 11 bis A 13.

Grundsätzlich wird man davon ausgehen müssen, daß die beabsichtigten Maßnahmen in ihrer Gesamtheit möglichst besoldungsneutral stehen sollen. Der Versuch, eine allgemeine Erhöhung der Besoldung über eine Laufbahnreform erzielen zu wollen, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die beruflichen Aufstiegschancen für den Ft 3-Beamten werden auf jeden Fall besser sein als für den jetzigen BfT-Beamten. Dies läßt sich allein aus der Relation der Zahl der Arbeitsplätze ablesen. Nach den Ergebnissen der analytischen Arbeitsplatz-Bewertung werden die Laufbahnen Ft 3 etwa 33 000 und Ft 4 etwa 18 000 Arbeitsplätze umfassen. Die Aufstiegsregelungen sind so konzipiert, daß der Aufstiegsweg, von der Zeitdauer her, nicht wesentlich beschwerlicher ist als der Einstiegsweg. Allerdings sollten im Sinne einer vernünftigen Bildungspolitik keine Überholeffekte eintreten. Dementsprechend sind zum Aufstieg in die Laufbahn Ft 4 Bewerber zuzulassen, die sich mindestens drei Jahre in einem Amt der Laufbahn Ft 3 befinden und ihre Eignung für den Aufstieg nachgewiesen haben. Diese Regelung wird als Endziel angestrebt.

Für die Übergangsphase kann man jetzt nur Regelungen mit bestimmten Annahmen über die besoldungsmäßige Führung unternehmen. Grundsätzlich wird man jedoch davon auszugehen haben, daß den vorhandenen BfT-Beam-

ten im Rahmen des neuen Laufbahnsystems mindestens die durchschnittlichen Beförderungsaussichten verbleiben, die bereits jetzt existieren. Inwieweit man über diese Mindestgrenze hinweggehen kann, hängt natürlich unter anderem auch von den vielen Möglichkeiten ab. Für den Fall, daß die geplanten neuen Laufbahnen wie beispielhaft erwähnt geführt werden sollen, halten wir folgende Übergangsregelung für wünschenswert und wirtschaftlich vertretbar:

BfT-Beamte, die sich bei der Verwirklichung der geplanten Laufbahnneuordnung in einem Amt der BesGr A 8 oder A 9 befinden, werden in entsprechende Ämter der Laufbahn Ft 4 übernommen.

Innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren nach Verwirklichung der geplanten Laufbahnneuordnung werden ehemalige BfT-Beamte, die in ein Amt der BesGr A 8 befördert werden, in ein entsprechendes Amt der Laufbahn Ft 4 übernommen.

Neben diesen beiden Regelungen steht ehemaligen BfT-Beamten nur der normale Aufstiegsweg offen.

Für alle ehemaligen BfT-Beamten, die nicht im Rahmen dieser drei Maßnahmen in die Laufbahn Ft 4 aufsteigen oder aufsteigen wollen, werden die mittleren Beförderungsaussichten auf Ämter der BesGr A 8 und A 9, die zum Zeitpunkt der Verwirklichung der geplanten Laufbahnneuordnung bestanden haben, über künftig umzuwandelnde Planstellen abgesichert.

Insgesamt, das glaube ich hier sagen zu können, wird die Verwirklichung unserer Zielvorstellungen für eine Laufbahnneuordnung im fernmeldetechnischen Dienst eine Reihe von bemerkenswerten Verbesserungen gerade für die Kräfte des bisherigen mittleren fernmeldetechnischen Dienstes bringen. Wenn Sie darüber hinaus bedenken, daß die betriebliche Expansion im Fernmeldewesen sich besonders stark auf den Bedarf an entsprechenden technischen Fachkräften auswirkt, eröffnen sich für den BfT-Beamten auch auf Grund des Wachstums aussichtsreiche Chancen im beruflichen Ansehen.

Die vorstehend erläuterten Notwendigkeiten und Zielvorstellungen weichen in vielen Punkten vom gegenwärtigen Beamtenrecht ab. Unbeschadet einer noch ausstehenden Prüfung, welche Gesetze und Rechtsverordnungen im einzelnen novelliert werden müssen, wird es mit Sicherheit erforderlich werden, die Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes, das Bundesbesoldungsgesetz und die Bundeslaufbahnverordnung zu ändern. Diese Änderungen sind unabweisbar, wenn die Deutsche Bundespost in der Lage sein soll, die von der breiten Öffentlichkeit verlangten Post- und Fernmeldedienstleistungen in der geforderten Form zu tätigen und qualifiziertes Personal bereitzustellen. Im Interesse dieser Aufgabe wird sich die Deutsche Bundespost im politischen Raum mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für die Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen zur Laufbahngestaltung einsetzen. Ich darf auch Sie noch einmal bitten, uns Ihre Unterstützung bei diesen Bemühungen nicht zu verwehren.